

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Exporthändler zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 8.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 7208.

Inserionsgebühr  
beträgt für die fünfgepaltene  
Zeitschrift oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 49.

Breslau, Dienstag den 26. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

## Die „große“ Woche.

Grande semaine — semaine comique!

Eine große Woche, so nannten es die Agrarier, eine tolle Woche, eine Faschingswoche, so nennen es alle vernünftigen Leute, waren die Tage der vergangenen Woche, in der Berlin unter dem Zeichen der nothleidenden Landwirtschaft, oder vielmehr unter dem Zeichen der nach Staatshilfe freiziehenden jüngerlichen Felsfabrikanten stand.

Jedes Jahr um dieselbe Zeit wiederholt sich dasselbe Schauspiel. Vor zwei Jahren erschallte dicht in unserer Nähe, in Ransern bei Breslau, der erste Schrei aus voller Lungenkraft, aus der gequälten Brust des Herrn Kupprecht. In wenig Tagen war das Solo zum Massenchor geworden und an den Livolltagen spielte man nur fortissimo und furioso, und der lauteste und breiueste Schreier erhielt in diesem Satanz-Concert den ersten Preis.

Im Jahre darauf, wieder um die Faschingszeit, — „wenn die Bayern ausgebrochen haben“, sagte man ehemals — umfaßte der erst vor Jahresfrist gegründete Bund der Landwirthe bereits 178 000 Mitglieder. Die frühere Probenhaftigkeit jedoch war bereits etwas pessimistisch angehaucht; Erfolge hatte der Bund nicht gehabt, wohl aber Mißerfolge: der deutsch-russische Handelsvertrag hatte fadens Wasser in den starken Wein der Agrarier gegossen, und der armen und halmlöse Graf Caprivi wollte sich noch immer nicht auf die „gerechten“ Forderungen der „deutschen Bauern“ einlassen.

Es war allerdings ein starker Anachronismus, daß in einem Reiche, in dem nun doch einmal die junkerlichen Großgrundbesitzer noch das Heft in den Händen haben, ein Mann Reichskanzler war, der nichts besaß, als ehrlichen Willen und Soldatengehorsam. So einer konnte weder dem Hoffklingel noch vor allen den herrschenden Großgrundbesitzern imponiren. Da war doch Bismarck in den Augen derer, die nur danach fragen, was der Mensch hat, nicht danach, was er ist, eine ganz andere Erscheinung.

Da zog eine dunkle Wolke herauf: die Reaction. Caprivi stolperte über die Umsturz-Vorlage. (?) Neue Männer erschienen auf der Bildfläche, ein schwacher lebensmüder Greis und ein rücksichtsloser Vertreter des „kurzer Hand“-Systems.

Jetzt begann der Weizen der Agrarier und Junker zu blühen. Die Vorgänge von Königsberg, wo einige der ärgsten Schreier von der Liste der Tafelgäste des Kaisers gestrichen worden waren, wurden vergessen, als an höchster Stelle verkündet wurde, der deutschen Landwirtschaft solle und müsse geholfen werden. Ein neuer Landwirtschaftsminister, Freiherr von Hammerstein-Dorsten, zog in Berlin ein, wurde bald darauf Mitglied des Clubs der Landwirthe und hielt eine Programmspreche, zu der die Agrarier nur deshalb süßsaure Gesichter schnitten, weil sie die laut geäußerte Freude verächtlich gemacht hätte.

Nun begann in ganz Deutschland eine gewaltige Agitation; überall hielten der Bund der Landwirthe und andere landwirtschaftliche Organisationen Provinzialversammlungen ab. Auch hier in Breslau ließen ein Herr von Wangenheim und der bayerische Renommierbauer Luz große Worte los. Nichts Neues, auch kaum Altes in neuer Form konnte man hören; uns selbst interessirte nur die abgestandene Behauptung, daß wir in der goldenen Internationale einen guten Freund haben. Wir könnten allerdings reiche Freunde ganz gut gebrauchen, zumal wir armen Schlesier.

Nun ging's nach Berlin. Nur mit Mühe erschwang man das nöthige Kleingeld für die weite Reise und einen achtstägigen Aufenthalt in der schönen aber auch theuren Hauptstadt des deutschen Reiches. Im Feenpalast wurde die Blechschmiede, bei Dreffel und einem Duzend ähnlicher Budik's die Frühstücks-Salle aufgeschlagen. Leute aller Schattirungen gab es da: der Bund der Landwirthe, der Club der Landwirthe, die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die Steuer- und Wirtschaftsreformer, Bimetallisten und einige et ceteras. Die Verschiedenheit der Herren war jedoch rein äußerlich; innerlich stimmten sie alle darin überein, daß der Staat verpflichtet sei, ihnen den Bestand ihrer Revenüen zu garantiren und für hohe Getreidepreise zu sorgen. Auch über die Tactik sind sie einig; schreien, nichts als schreien. Sie fühlen sich mehr als je als Herren der Situation und haben daher nicht nöthig, mit Vernunftgründen zu operiren.

Die jetzige Stimmung unter ihnen ist wieder ganz anders als im vorigen Jahre. Man hat Vertrauen zur neuen Regierung und neue Hoffnungen, d. h. man glaubt, daß Fürst Hohenlohe und die „maßgebenden“ Kreise eher als Caprivi auf den agrarischen Leim kriechen werden. Man spielte aber auch den Devoten. Der schon mehr als berühmte Herr von Blöb an der

Spitze einer feierlichen Deputation verlas vor dem Kaiser eine Adresse, die von „Ergebenheit“ und unwandelbarer Treue überfloß, aber auch durchblicken ließ, daß hinter den wenigen schwarzbeackten Herren 200,000 handfeste „deutsche Bauern“ stehen, die die Liebe zur „vaterländischen Scholle“ vereinigt zum großen Bunde und zum Kampfe für die Interessen der Landwirtschaft.

Die bei dieser Gelegenheit doch ziemlich energische Warnung des Kaisers vor jeder „sensationalen Agitation“ — selbst das Wort „verführen“ war gefallen — fand nicht die geringste Beachtung. Gleich am nächsten Tage ertönte der Ruf: „der Bund weicht keinen Zoll von seinen Forderungen zurück“; es wurde lauter als vorher geschrien, man verlangte beinahe den offenen Vertragsbruch mit Rußland und Nordamerika. Die tolle Begeisterung für den Antrag Kanitz, nach dem der Staat alles eingeführte Getreide aufkaufen und den Durchschnittspreis der letzten 40 Jahre, also den doppelten Preis von heute, für Roggen u. garantiren soll, stieg noch höher, als ein agrarischer Hahn den Gruß eines ganz neuen deutschen Bauern, des Fürsten Bismarck, in die Versammlung hineinkrähte und mittheilte, daß auch dieser arme Mann für den Antrag Kanitz eintrete. Diese Autorität genügte allerdings, um auch die letzten Zweifler von der Wichtigkeit von Kanitz' „Gedanken“ zu überzeugen.

Dazu kam noch, daß sich im äußersten Osten des Landes ein mandatlüster Oberpräsident, der auch den Schlesiern von seiner schlesischen Residenz Kreppelshof bei Landeshut bekannte Graf Stolberg-Wernigerode, dem Bunde der Landwirthe mit Haut und Haaren verschrieb, was sogar der „Königlichen Zeitung“ zu hant war. Allerdings, ein Mandat ist immer noch eine Häutung werth, und Berlin ist weniger öde als Ostpreußen sammt Königsberg.

Den Muth und Uebermuth der Agrarier steigerte ferner die Thatsache, daß die Zusammenberufung einer internationalen Währungsconferenz beschlossen wurde, und unser Landsmann und Kreisnachbar von Kardorff wieder einmal einen Erfolg hatte, freilich wird es wieder ein Eintagsvogel sein. Selbst unser schlesisches Junkerblatt, die „Schlesische Zeitung“, die in dieser Frage von einer vorsichtigen akademischen Feder bedient wird, hat sich nicht auf den radikalen Silberstandpunkt des Landraths von Dels stellen können, was ihr Herr von Kardorff natürlich gewaltig übel nimmt.

Eine tüchtige Portion Antisemitismus, der reinste Kadaver-Antisemitismus sogar, wenn es überhaupt noch

## Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

29]

[Nachdruck verboten.]

Zweifellos haben sie Gewohnheiten, Liebhabereien, von denen sich zu trennen ihnen zu schwer wurde. Die Opfer, die sie bringen, bringen sie aber doch vor Allem der Liebe zum Ansehen, der Achtung vor dem Schein, einer der Hauptleidenschaften der bürgerlichen Gesellschaft. In ihrem Haushalt sind sie abwechselnd sparsam bis zur Knauerei und nobel bis zur Verschwendung. Sie können Alles entbehren, den Ueberfluß ausgenommen. Sie verzehren zum Frühstück drei Eier; wenn sie unter sich sind, unter der Bedingung, daß sie auf dem feinsten Porzellan servirt werden. Die beiden Frauen trinken vierzehn Tage lang an einer Flasche Wein, aber er ist vom theuersten Bordeaux. Sie bilden den schreiendsten Contrast zwischen dem, was man sieht und was man nicht sieht. Sie zittern in ihrem Zimmer vor Kälte, weil nur ganz wenig eingeheizt ist, aber im Salon liegen große Scheite im Kamin bereit, die nur des Anzündens bedürfen, um ein lustiges Feuer zu geben. Sie haben nach wie vor ihren „Empfangstag“, und an diesem Tage entbehren sie Mittags lieber ein Gericht bei Tisch, um auf dem Kamin drei oder vier langstielige Rosen stehen zu haben. Guntram, der sie oft besucht, findet dieselbe ceremonielle Haltung bei ihnen wie früher.

Raum jemals machen sie eine Anspielung von ihrer veränderten Lage.

Sie laden Guntram ein anderes Mal zum Essen ein. Der gute Junge fürchtete, sie durch eine Abgabe zu kränken. Er nimmt an, und als er das kleine Speisezimmer betritt, sieht er die Tafel funkeln von Crystall, schwerem Silbergeräth und mit Blumen geschmückt. Das Essen ist gut, der Wein ausgezeichnet. Sie haben freilich in einem Tage das ausgegeben, was sie der alten Morine für vierzehn Tage geben. Morine, die darüber murrte, antwortet Frau Savenay: „Mein Kind, man muß doch seinen Rang behaupten.“

Um diese Ausgaben, die ihnen nothwendig erscheinen, zu erschwingen, verfallen sie auf der anderen Seite wieder auf die raffinirteste Sparsamkeit.

Einmal, zu Anfang, wollte Frau Savenay selbst nach der Markthalle gehen, um ein Huhn zu kaufen, unter dem Vorwand, daß Geflügel dort weniger theuer sei, wie in ihrem Viertel. Wagen hin und zurück, ein gutes Trinkgeld für den Kutscher, ein übertriebener hoher Preis für das Geflügel, denn sie hatte nicht zu handeln gewagt, so hatte das Huhn drei Francs über den Tagespreis gekostet, außerdem war es noch von zweifelhafter Frische. Ein anderes Mal gingen Mutter und Tochter zusammen — als Mädchen von guter Familie durfte Germaine niemals allein ausgehen — stundenweit, um in einem großen Geschäft ein Stück Seidenzeug, das von einer Zeitung als „großartiger Gelegenheitskauf“ angepriesen war, zu kaufen. Sie träumten

nämlich davon, daß sie ihre eigenen Schneiderinnen sein könnten. Zu Fuß legten sie den Weg nach dem Geschäft zurück, kamen vom Regen beschmudgt und erschöpft dort an.

Die Resultate dieses Einkaufs waren: ruinirte Kleider und Schuhe und ein häßlicher Schnupfen. Was die Toilettten betraf, die sie mit unsäglichlicher Mühe zurechtgeschneiderten, so war es leider unmöglich, sie zu tragen, derartig waren sie verpuscht. So war auch der Stoff rein weggeworfen. Sie waren so ärgerlich darüber und schämten sich gleichzeitig so sehr, daß sie Thränen vergossen. Wie schwer wurde es ihnen doch, von diesem leidigen Gelde zu sparen, das jedesmal mit ungeahnter Schnelligkeit unter ihren Fingern zerrann.

Wenn es ihnen doch möglich gewesen wäre, etwas zu verdienen! Es gab ja doch Frauen, die von ihrer Hände Arbeit lebten. Nun erfüllte sie ein glühender Eifer. Zu Andree sprachen sie von ihrem Vorhaben gar nicht, sie suchten es im Gegentheil nach Möglichkeit vor ihm geheim zu halten. Er hatte sich aufgeopfert, um alle Bedürfnisse der Frauen zu befriedigen, und nun versprachen sie sich die reinste Freude davon, ihm helfen zu können, ohne daß er es wissen sollte.

Onkel Theodor, zu dem man von dieser Idee sprach, billigte sie und schlug gleich vor, Germaine solle als Verkäuferin in das Tuch- und Wollewaaren-geschäft eintreten, das er an einen Bekannten verkauft hatte. Sie würde sich dort wie zu Hause fühlen.

eine andere Sorte dieser edlen Pflanze steht, vervollständigte die Stimmung der Berliner Gäste.

Und was ist bei alledem herausgekommen?

Man kann kaum die Bedeutung solcher Tage überschätzen; das Ueberwachen befragen die Herren Agrarier am besten allem. Man darf sie wohl aber auch nicht unterschätzen und übersehen. Wir leben ohne Zweifel in einer von der Reaction arg bedrohten Zeit. Wenn der Hoch- und Uebermuth profusüchtiger Schnapzebrenner so weit steigen kann, wie er gestiegen ist, und wenn ein mecklenburgischer Bundesbevollmächtigter, Herr von Deitzen, so im Reichstage auftreten darf, wie er es gerade zu derselben Zeit gewagt hat, wenn drittens — das geht uns Schlesier besonders an — ein „schlesischer Großgrundbesitzer“, Freiherr v. Guppmann-Ballega, so cynisch essen für die Reaction in einem offenen Briefe an den Reichskanzler eintreten kann, dann hat man allen Grund, von den drohenden Vorfällen der Reaction zu sprechen. Wir kennen keine Furcht und wissen, daß uns keine, auch nicht die blutige, Reaction besiegen wird, aber Zeiten des Kampfes gehen wir entgegen, in denen wir keinen leichten Stand haben werden. Zwar beginnt schon in der bürgerlichen Welt selbst die Scheidung von Besitz und Bildung, die beide zusammen nach der früheren Anschauung die Hauptträger der Nation waren, immer deutlicher zu werden: die Bildung muß sich, um atmen zu können, mehr und mehr auf unsere Seite stellen.

Allein in der Entwicklung der Dinge, im Klassenkampfe, in dem wir stehen, geht Gewalt vor Recht, und die Gewalt ist noch in den Händen des Besitzes. Nur dadurch, daß es uns gelingt, den wichtigsten Theil dieser Macht, die politische, zu erkämpfen, werden wir in die Lage kommen, die Klassengeetze durch allgemeine menschliche Geetze und die jüdische Unterdrückung durch Freiheit zu ersetzen. Durch Kampf zum Sieg!

### Politische Rundschau.

— Die Bekämpfung der Socialdemokratie durch die Hungerpolitik ward seitens unserer hohen Behörden nach wie vor mit größtem Eifer betrieben. Der „Befreiung“ ist ein Erlass des preussischen Kriegsministers vom 2. Februar zugangen, der folgendermaßen lautet:

Unter Aufhebung der Erlasse vom 4. v. 78. Nr. 655, 7. M. O. D. 2, 12. 1. 79. Nr. 567, 11. M. O. D. 2 und 5. 11. 90. B. 2 wird folgendes bestimmt:

1. Arbeiter, welche für Zwecke der Socialdemokratie in irgend einer Weise wirken oder socialdemokratischen Verbindungen angehören, dürfen in Betrieben der Militärverwaltung nicht beschäftigt werden.

Solche Personen sind ohne Angabe von Gründen, sofort zu entlassen, anderntals in denselben, ohne Angabe von Gründen, sofort zu kündigen.

2. Steht der Verdacht vor, daß ein Arbeiter eines Betriebes der Militärverwaltung sich an socialdemokratischen Unternehmungen betheiligt, oder einer socialdemokratischen Verbindung angehört, so hat sich der Leiter des betreffenden Betriebes in geeigneter Weise — erwiderlichen Falles durch Nachfrage bei der zuständigen Polizeibehörde — über den Gemüthszustand zu verhalten und zutreffendenfalls das Weiter nach Ziffer 1 zu veranlassen.

3. Die Bestimmungen unter 1 und 2 finden auf die bei der Militärverwaltung im Lohnverhältnis stehenden, nicht

unter die Klasse der Arbeiter fallenden Personen (Hilfsarbeiter, Zeichner, Bauaufseher, Hilfsarbeiter etc.) gleichfalls Anwendung.

Dem königlichen General-Commando ist im Vortragswege hiervon Kenntniß zu geben.

Exemplare dieser Verfügung sind zur weiteren Mittheilung beigelegt.

gez. Bronsart von Schellendorff.

An die königliche Intendantur etc.

Nr. 399.94 geh. B. 2.

Es erübrigt sich wohl, zu dieser neuesten Leistung auf dem Gebiete der Bekämpfung der Socialdemokratie noch Besonderes zu bemerken; wir legen es zu dem Uebrigen und — die Socialdemokratie wird weiter zunehmen, trotz alledem und alledem!

— „Ohne König keine Röhne“ erklärte unter dem Jubel seiner Parteigenossen in einer Berliner conservativen Versammlung der Abgeordnete v. Berbed. Dieser Ausspruch charakterisirt den angeblichen Patriotismus der conservativen Herren wieder einmal auf das Trefflichste. Heißt doch das Wort nichts Anderes, als: Bekommen wir nicht die Vertheuerung des Brotes, wie sie der Antrag König zu Gunsten der „rothleibenden“ Junker bezweckt, dann stimmen wir auch nicht für die Verärgerung der Marine, für die doch als wesentliches Motiv die Sicherheit und Wehrhaftigkeit des Vaterlandes ins Feld geführt wird. Das Wort „Ohne König keine Röhne“ wollen wir uns merken, um gelegentlich den Herren Conservativen ihre eigenartige Vaterlandsliebe wieder einmal recht deutlich vor Augen zu führen.

— Eine „anarchistische“ Gruselgeschichte, die den Stempel der lügerischen Erfindung an der Stirn trägt, macht gegenwärtig die Kunde durch die bürgerlichen Blätter aller Schattierungen. Es heißt da, nachdem mitgeteilt ist, daß von einem preussischen Stationsassistenten in Mosow einem russischen Zollbeamten anarchische Schriften übergeben wurden, weshalb der Stationsassistent verhaftet und nach Moskau überführt sei, folgendermaßen:

„Der in Danzig wohnende Bruder des Verhafteten ist vor einigen Tagen nach Berlin gefahren, um beim auswärtigen Amt beim Reichskanzler vorstellig zu werden, da man hofft, auf diplomatischem Wege schneller die Freilassung zu bewirken. Das Polizeipräsidium in Berlin hat mitgeteilt, daß das Socialdemokraten, welcher in der Verhandlung des „Vorwärts“ angefaßt ist, abgehandelt worden ist, und zwar behauptet Buns, im Auftrage des ihm vorgelegten socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Fischer gehandelt zu haben. Angefaßt ist dem B. mit dem Auftrage zugleich ein Brief vorgelegt worden, welcher die Adresse des B. enthalten hat. Um den Inhalt des Briefes will er sich nicht kümmern lassen. Seine Frau hat er als Ablenderin angegeben, um die richtige Bestimmung vornehmen zu können. Der Reichstags-Abgeordnete Fischer verweigert jede Auskunft in der Angelegenheit, wozu er nach Artikel 51 der Reichsverfassung berechtigt ist, da ein Mitglied des Reichstages nur mit Genehmigung des letzteren zur Unternehmung gezogen werden darf. Seder muß der ver-

haftete Stationsassistent dieses Vorgehen des Herrn Fischer schwer büßen, da an eine Entlassung desselben unter solchen Umständen vorerst nicht zu denken ist.“

Der „Vorwärts“ erklärt zu der Angelegenheit nun folgendes:

„Was an der Verhaftungsgeschichte wahres ist, wissen wir nicht. Was wir wissen, ist einfach folgendes: An einen Herrn R. in Mosow wurden allerdings für eine näher bezeichnete Person Schriften in russischer Sprache abgefaßt; aber diese Schriften waren nicht anarchischen, sondern socialistischen Inhalts und deren Verbreitung im Deutschen Reich nicht verboten, wie auch auf dem Polizeipräsidium ausdrücklich constatirt wurde. Ebenso erlogen ist die Behauptung, der Reichstags-Abgeordnete Fischer habe — gestützt auf Art. 51 der Reichsverfassung — jede Auskunft in der Angelegenheit verweigert. Fischer konnte eine solche Auskunft schon um deswillen nicht verweigern, weil bis zu dieser Stunde von keiner Seite eine solche von ihm verlangt worden ist.“

— Der socialdemokratische Antrag auf Umwandlung des stehenden Heersystems in eine Miliz-Wehrordnung hat natürlich den Zorn der Reactionäre aller Sorten erweckt. Das Berliner Bismarckblatt schreibt:

„Der Antrag hat selbstverständlich weiter keinen Zweck, als der Socialdemokratie Gelegenheit zu kräftigen Vorstößen gegen unsere Heeresverfassung als den Grundpfeiler unserer staatlichen Ordnung zu geben. Hoffentlich wird es an der entsprechenden Antwort nicht fehlen, noch richtiger wäre es freilich, wenn der Reichstag, nachdem einer der Antragsteller gesprochen, den Schluß der Debatte herbeiführt. Soviel politische Klugheit ist allerdings von dem heutigen Reichstage nicht zu erwarten. Sehr treffend schreibt übrigens die „Nationallib. Corr.“: „Die Socialdemokraten haben im Reichstage eine auf Umwandlung der Heeresordnung in das Milizsystem abzielende Resolution eingebracht. Wenn die standhaft behauptete Gleichheit der Bestrebungen aller Glieder der internationalen Socialdemokratie in der That bestände, müßten auch die Socialisten der französischen Kammer mit derselben Forderung vor ihr Land treten. Es ist dies aber kaum zu erwarten von einer Partei, die sich noch vor wenigen Monaten gegen einen General, weil er im deutsch-französischen Kriege keine Erfolge zu erringen vermochte, in Ausbrüchen eines überreizten Chagunismus ergangen hat. So lange aber nicht einmal die socialistische Gruppe im französischen Parlament die disciplinirte Armee mit einem Milizheere zu verdrängen gedenkt, so lange erscheint der Antrag der deutschen Socialdemokratie als ein Versuch der Wehrlosmachung Deutschlands gegenüber seinem westlichen Nachbar.“ Zunächst handelt es sich dabei wohl um die innere Wehrlosmachung, d. h. Erschütterung des Heeres und der Disciplin durch Brandreden.“

Wir quittiren mit Genuthung diese Ausbrüche ohnmächtiger Wuth. Die blödsinnige Denunciation, es handele sich um die Wehrlosmachung Deutschlands, ist schon hundertmal an den Pranger gestellt worden. Was den patriotischen Wuth der „Nationalliberalen Correspondenz“ betrifft, so freut es uns, dem biederem

Germaine rümpfte die Nase, als sie von diesem Plan hörte und Frau Severan konnte einen Schrei der Entrüstung kaum unterdrücken. Ihre Tochter Verkäuferin in einem Geschäft! Niemals, so lange sie lebte! Ihr erster Gedanke war, daß sie damit wieder eine Stufe heruntersinken würde: — indessen hatte sie doch eine gewisse Scheu davor, zu dem Onkel davon zu sprechen, da sie wußte, daß er seine eigenen Anschauungen über diesen Punkt hatte. Da führte sie denn Germaine's Gemüthsart ins Feld, die ihr Sorge machte, und die Nothwendigkeit, sie um sich zu behalten. Sie fürchtete sich nicht, dadurch egoistisch zu erscheinen. Sie würde sich abkühlen und grämen, wenn sie den ganzen Tag über allein bleiben müßte. Aber Onkel Theodor war auch nicht dumm. Er erklärte ihnen nachher, daß nichts weiter hinter ihren Ansichten stecke, als die Furcht vor einer Arbeit, die ihre Bourgeoisentelheit verletzen könnte.

„Du hast noch immer den alten Hochmuthstempel in Dir, Schwester,“ sagt er. „Das Geschäft, das mich reich gemacht hat, kommt Dir schimpflich vor! Nun, ganz wie Du willst! Sieh nun selbst zu, wie Du aus der Noth kommst!“

Sobald die Frauen allein waren, ließen sie die verschiedenen Möglichkeiten, Geld zu verdienen, die für sie in Betracht kommen könnten, Revue passieren. Musikstunden geben! Da mußte man sich zunächst überall nach solchen Stunden umsehen, und damit geschehen, daß man sich in Noth befinde, und das war es gerade, was die Frauen vermeiden wollten. Viel-

leicht könnte man Keller oder Keller bemalen und dann verkaufen! D. gemiß, das würde gehen! Die Malerei war ja eine Kunst, und die Kunst war immerhin ein vornehmer Geldverdiener. Wie schade nur, daß Germaine ihre Malstunden hinter sich so wenig ausgehen ließ. Um davon leben zu können, müßte ihr Talent nicht aus. Da blieben nur noch die Handarbeiten. Frau Severan konnte nicht anders als eine Fee. Germaine hatte früher einmal für einen Wohlthätigkeitszweck aus alten Stoffen und Silberornaten, Kartenspieler, Buchdeckel, Behälter für Sorgenien und dergleichen mehr gearbeitet. Man hatte ihr damals viele Schmähereien über ihre Geschäftlichkeit gesagt, und die jungen und alten Herren hatten diese jämmerlichen Arbeiten schwer bezahlt.

Nun, das war ja eine hübsche, leichte und einträgliche Beschäftigung. Noch bräuteten sie dazu fast gar kein Betriebsmaterial. Mühsig machten sich die beiden Frauen auch an die Arbeit. Sie berechneten im Voraus schon, was sie verdienen und wie sie ihren Verdienst anwenden würden, wie keine Unvorsicht und unrecht sein würde, wenn er eines Tages eine große Rolle Geld unter seiner Schwelgere lände und sie dann zu ihm jagen könnten: „Das Alles haben wir verdient!“

Frau Severan vollendete denn auch bald eine sehr hübsche, prächtige Stuhllehne. Germaine hatte inzwischen eine Reihe reizender Pariser Kleinigkeiten fertiggestellt. Norine wurde nun damit beauftragt, sie in einem großen Geschäft an der Boulevard anzu-

setzen. Man hatte sie auf's Sorgfältigste instruir't: Daß sie sich bemühen sollte, womöglich 200 Francs dafür zu erhalten. Das wäre nicht zu viel, daß sie indessen, wenn sie nicht soviel dafür bekommen könne, bis auf die Hälfte dieser Summe heruntergehen dürfe. Man gab ihr mehrere Adressen mit für den Fall, daß das erste Geschäft zu unvortheilhaften Bedingungen stellen sollte. Vor allen Dingen sollte Norine sich in Acht nehmen, zu verrathen, woher die Arbeiten kämen! Denn was würden die Freunde der beiden Damen sagen, wenn sie erführen, daß sie für ein Geschäft arbeiten.

Nach einer unverhältnißmäßig langen Zeit kam Norine, von den beiden Frauen mit Ungeduld erwartet, nach Hause. Aber wie niedergeschlagen sah sie aus. Sie war in sämtlichen Geschäften, die man ihr beizugab, gewesen und brachte nun das kostbare Paket wieder zurück. Sie wagte es kaum, zu wiederholen, was man ihr dafür geboten. Das günstigste Angebot war zehn Francs für eine Arbeit von drei Wochen! Und zum ersten Male in ihrem Leben dängte sich ihnen die Frage auf, was wohl all die Arbeiterinnen, die auf ihre zehn Finger angewiesen wären, machen, um durchzukommen.

Unter ähnlichen Verhältnissen vergingen zwei Monate. Mutter und Tochter mußten diese zwei Monate sehr lang geworden sein nach den Veränderungen zu schließen, die sie in ihrem Aussehen und ihrem Wesen hervorgerufen.

(Fortsetzung folgt)

... nicht mittheilen zu können, daß derselbe bereits mehr erfüllt ist. Die französischen Socialisten haben ... das gleiche bezweckende Antrag bereits vor ... Zeit in der Deputirtenkammer eingebracht, und ... dahin wirken, daß er möglichst zu gleicher Zeit ... handelt wird wie der deutsche. Auf „die entsprechende Antwort“ und das sonst freundlich in Aussicht gestellte ... wir uns schon im Voraus.

— Der deutsche Handelstag, die Organisation ... mobilen Capitals, hielt Sonnabend in Berlin eine ... Versammlung ab. Staatssecretär v. Boetticher begrüßte ... Versammlung Namens der Reichsregierung und ... dem Handelstage für seine Beschlüsse, welche ... Einklang mit der Regierungspolitik bewiesen. ... hob den Nutzen des russischen Handelsvertrages ... da Deutschland auf die Ausfuhr angewiesen sei, ... betonte die „Nothwendigkeit, eine Besserung der ... der Landwirtschaft herbeizuführen.“ Der Staats- ... appellirte an den Handelstag, mit Herz und ... zu dieser Besserung mitzuhelfen, und versprach ... Vorschläge gegen den unlauteren Wettbewerb, Ab- ... der Gewerbeordnung, Ausdehnung der Unfall- ... Versicherung auf das Handelsgewerbe. So spricht der ... Staatssecretär im Reichsamt des Innern und preussische ... Staatsminister v. Boetticher. In preussischen Abge- ... aber erklärt der preussische Landwirth- ... Minister v. Hammerstein-Boixten sich als Gegner ... der Handelsverträge. Und Fürst Hohenlohe sagte am ... 2. Januar im Abgeordnetenhaus, daß die Minister ... in principiellen Fragen in ihren Anschauungen über- ... stimmten.“ Ist das nun Cometencurs oder ist er's ...? In der Währungsfrage hat der deutsche Handels- ... tag mit allen gegen eine Stimme einem Beschlusse seines ... Ausschusses zugestimmt, worin es heißt, es sei lebhaft ... zu bebauern, daß durch den Antrag Friedberg, Mirbach ... und Genossen im Reichstag eine Beunruhigung für ... Handel und Gewerbe hervorgerufen und im Auslande ... der Gedanke erweckt worden sei, daß Deutschland seine ... Währung zu ändern beabsichtige. Der deutsche Handels- ... tag halte unverändert daran fest, daß an der deutschen ... Goldwährung nicht gerüttelt werden dürfe, wenn nicht ... das gesammte deutsche Wirtschaftsleben geschädigt ... werden solle. Eine baldmöglichst einzuberufende neue ... Plenarversammlung soll die Währungsfrage mit be- ... sonderem Hinblick auf die gegenwärtige Sachlage be- ... handeln.

— Neue Richter- und Justizbeamten- ... Stellen. Auf Grund des preussischen Staatshaus- ... haltetats für 1895/96 werden mehrere neue Stellen ... von Justizbeamten besetzt werden. So werden zunächst ... zwei Senats-Präsidentenstellen besetzt, und zwar eine ... beim Kammergericht (zur Zeit 11) und eine beim Ober- ... Landesgericht in Frankfurt a. M. (zur Zeit nur eine). ... Stellen von Landgerichts-Directoren werden 7 besetzt: ... 3 beim Landgericht I und 2 beim Landgericht II Berlin ... (zur Zeit 31, bez. 5) und je eine bei den Landgerichten ... in Essen und Tilsit (jezt 3, bez. 2). Landrichterstellen ... werden 9 besetzt, nämlich je 3 bei dem Landgericht I ... und dem Landgericht II Berlin, je eine bei den Land- ... gerichten in Altona, Halle und Köln. Stellen von ... Amtsrichtern werden 30 besetzt: 6 beim Amtsgericht I ... und 3 beim Amtsgericht II Berlin, je 2 bei den Amts- ... gerichten in Charlottenburg und Köln, je eine in Altona, ... Bernkastel, Erfurt, Schweier, Essen, Frankfurt a. M., ... Hannover, Hüne, Kiel, Marburg, Rixdorf, Spandau, ... Stromberg, Sulzbach, Waldbröel, St. Wendel und ... Jährze. Staatsanwaltschaften kommen 7 zur Besetzung: ... 2 beim Landgericht I und eine beim Landgericht II ... Berlin, je eine bei den Landgerichten in Essen, Tilsit, ... Halle und Magdeburg. Was die Zahl der Staats- ... anwälte bei den Berliner Landgerichten betrifft, so ... beträgt diese zur Zeit beim Landgericht I 22, beim ... Landgericht II 6. Auch die Zahl der Gerichtsdiener ... und Gefangenenaufseher wird vermehrt werden, und zwar ... erstere um 30, letztere um 17. — Diese Maßregeln ... genügen nicht, dem Richtermangel in Preußen ein Ende ... zu machen.

— Der Nothstand in ungarischen Tieflande ... erregt immer mehr die öffentliche Aufmerksamkeit weiter ... Kreise. In den Bauernstädten werden die Magistrate ... bestürmt, und fortwährend melden sich Tausende von ... Landarbeitern in den Stadthäusern, um Brot für ihre ... darbenben Weiber und Kinder zu verlangen. Die Be- ... hörden stehen dem riesigen Andrang rathlos gegenüber ... und bestürmen die Regierung, eine rasche Hülfeaction ... einzuleiten. Der Minister hat der Stadt Godmezö- ... vafarhely, wo der Nothstand am größten ist, 3000 ... Gulden angewiesen. In der Depesche des Ministers ... wird die Behörde folgendermaßen belehrt: „Man darf ... das Volk nicht an Almosen gewöhnen, sondern muß es ... durch nicht allzu große Freigebigkeit der Arbeit zu-

führen“ — und diese Belehrung trotz der behörblich ... festgestellten Thatsache, daß für Tausende und Aber- ... tausende keine Arbeit vorhanden ist. Der Nothstand ... ist so allgemein, daß besser gekleidete Leute auf Schritt ... und Tritt angehalten werden mit dem Verzweiflungs- ... ruf: „Herr, gib uns Arbeit oder Geld auf Brot, ... wir hungern!“ — Gegen die socialdemokratische Partei ... schweben derzeit sieben Prozesse. Abgesehen vom großen ... Aufrührproceß in Godmezövasarhely, — er beginnt am ... 5. März — sind alle preßgerichtlicher Natur. Auch ... wegen der ungarischen Uebersetzungen der Fliegen und ... Spinnen sowie des Antisyllabus sind Preßproceße im ... Zuge. Der Antisyllabus-Proceß ist von grundsätzlicher ... Bedeutung. Nachdem der Verfasser, Dr. Krasser, vor ... einigen Jahren in Hermannstadt gestorben, wird auf ... Grund der successiven Verantwortlichkeit der Heraus- ... geber vor den Geschworenen stehen. Dessen Vertheidiger, ... Dr. S. Pollak, hat gegen die Anberaumung der Haupt- ... verhandlung eine Eingabe gerichtet und darauf hinge- ... wiesen, daß das Schwurgericht in Marosvashely den ... Angeklagten Dr. Krasser zu Beginn der 70er Jahre ... wegen des Antisyllabus freigesprochen habe. In Folge ... dessen erscheint die Einwendung der rechtskräftigen Ent- ... scheidung begründet, da die successive Verantwortlichkeit ... dort nicht am Plage ist, wo der Verfasser bereits ... gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden war; ... der Nachdruck eines für nicht strafwürdig erklärten ... Gedichtes könne nicht zum zweiten Mal für eine straf- ... bare Handlung erklärt und zum Gegenstand eines Preß- ... processes gemacht werden.

— Im schweizerischen Canton Neuenburg ... wurde eine von der socialistischen Gruppe im Cantons- ... rathe gestellte Motion auf Erlaß eines Arbeiterinnen- ... schutzgesetzes erheblich erklärt und ferner beschlossen, ... zur Ueberwachung des Lehrlingschutzgesetzes einen be- ... sonderen Beamten zu bestellen. Auch hierzu ging die ... Anregung von den Socialdemokraten aus. Ein ... weiterer Antrag derselben auf Einführung der Volks- ... wahl der Regierungs- und Ständeräthe sowie der ... Präfecten (Landräthe) wurde mit 58 gegen 16 Stimmen ... verworfen. — Ueber die angebliche Arbeitscheu der ... Beschäftigungslosen, welche alle Jene behaupten, nach ... deren Ueberzeugung Jeder, der arbeiten wolle, auch ... Arbeit finde, schreibt das liberale Berner „Intelligenz- ... blatt“: „Die Arbeitslosen selbst wünschen ausnahmslos ... nichts sehnlicher, als sobald als möglich wieder arbeiten ... und verdienen zu können und es ist ein großer Irr- ... thum, der in vielen Kreisen der städtischen Bevölkerung ... herrscht, wenn man meint, die Arbeitslosenkasse ziehe ... gewissermaßen Arbeitslose an. Das Gegentheil ist ... richtig. Die Versicherungskasse hat ganz bedeutend ... aufgeräumt mit jenen Elementen, die aus Arbeitscheu ... sich arbeitslos machen und das Publikum brandschonen ... und die Verwaltung der Kasse giebt sich die größte ... Mühe, den Leuten vor Allem Arbeit zuzuwenden, so- ... weit dies eben möglich ist.“ Die Wahrheit bricht sich ... doch immer mehr Bahn. Immerhin dürfte auch die ... Zahl Derjenigen, welche aus Arbeitscheu sich arbeits- ... los machen — die also doch gearbeitet haben —, eine ... recht geringe sein und wäre es wohl sehr interessant, ... darüber einmal etwas Positives zu erfahren.

— In Italien wüthet das Elend weiter. Die ... schweren Tumulte gegen die Steuerbehörden in Acerra ... im Neapolitanischen, sowie die Hunger- und Elend- ... Berichte aus der römischen Campagna sind schon ge- ... meldet. Die ersteren erinnern ganz an die Verzweiflungs- ... ausbrüche in Sicilien vom vorigen Jahre, und die ... edle „Riforma“ ist auch schon mit der Androhung des ... Belagerungszustandes bei der Hand. Ueber das Elend ... des verhungerten Landes bringen die bürgerlich- ... radikalen Blätter tagtäglich eine eigene Rubrik mit der ... Ueberschrift: La fame (der Hunger). In der Campagna ... vor den Thoren Roms, wo die Bankdiebe hausen und ... herrschen, von wo aus Millionen nach Afrika, Hundert- ... tauende an die Crispi-Blätter gesendet und gesendet ... werden, in der näststen Nähe des Hofes, dessen ... glänzende Carnevals-Balfeste gegenwärtig die römischen ... Blätter füllen, ist der Hunger des Volkes dauernd und ... chronisch. Aber der graufame Winter dieses Jahres ... hat das Elend zu acuten Ausbrüchen gebracht. In ... Civitavecchia, in Terni, in Tarano ebenso wie ... in Sambuci, von welchem Orte der Telegraph ... sprach, sind große Theile der Gemeinden ohne alle ... Nahrungsmittel. Hausen friererender, zerlumpter Weiber ... ziehen mit ihren halbverhungerten Kindern umher, um- ... lagern die Klöster und frommen Stifte und schreien ... um Brot. — Zwischen Crispi und dem Vauzenminister ... Sarracco ist ein ernster Zwiespalt zum Ausbruch ge- ... kommen; Sarracco weigert sich seit drei Tagen, an ... dem Ministerrathe in Crispi's Palast theilzunehmen.

Der „Don Chiacciotte“ in Rom giebt heute zu verstehen, ... daß die Ursache der Mißbilligkeit Crispi's neuester ... Staatsreichthum sei, die Kammer nicht eher als nächsten ... Herbst aufzulösen und die Neuwahlen erst zum No- ... vember stattfinden zu lassen, bis dahin aber unbehelligt ... durch jede Volksvertretung mit den königlichen Restripen ... Umberto's weiter zu regieren. Der Artikel schließt mit ... den Worten: Bei Crispi und dem Stumpfsinn des ... Landes ist alles möglich.

— Die Rede des russischen Czaren Nicolaus II ... hat einen wahren Entrüstungsturm innerhalb der russi- ... schen Gesellschaft hervorgerufen. Ein „offener Brief ... an Nicolaus II.“, der hectographirt jetzt in Rußland ... verbreitet wird, legt Zeugniß ab von der Stimmung, ... die selbst in den nichtrevolutionären Kreisen herrscht. ... Der Verfasser, ein Nichtrevolutionär, für diese Annahme ... spricht der Ton seines Briefes, wendet sich gegen den ... Czaren unter anderem wie folgt: „... Vor allem sind ... Sie sehr schlecht informiert über die Richtungen, denen ... Sie mit Ihrer Rede entgegengetreten wollten. In keiner ... Versammlung der Semstwo hat man je eine Stimme ... gegen die Selbstherrschafft vernahmen können, und keines ... der Semstwomitglieder hat diese Frage so aufgefakt, ... wie Sie sie aufgefakt haben. Die am meisten fort- ... geschrittenen Semstwo haben nur gebeten, daß der ... Czar sich mit dem Volke vereinigen möge, daß er end- ... lich einmal ihre Stimme erhöhe, daß die Oeffentlichkeit ... an Stelle der Geheimhuerei, und das Gesetz an Stelle ... der Beamtenwillkür trete. Es handelte sich mit einem ... Worte darum, die bureaukratisch-hörsche Mauer, welche ... den Czaren vom russischen Volke trennt, endlich einmal ... zu stürzen. . . . Ihre unzutreffenden Aeußerungen ... sind nicht nur die Folge eines redactionellen Fehlers, ... nein, sie sind die Verkörperung eines ganzen Systems. ... Die Gesellschaft wird vollständig begreifen, daß am ... 17. Januar mit Ihrem Munde nicht jene ideale Selbst- ... herrschafft gesprochen hat, als deren Träger Sie sich ... betrachten, sondern die eifersüchtig über ihre Allmächtig- ... keit wachende Bureaucratie. Diese Bureaucratie, an- ... gefangen vom Ministerrath bis hinab zum letzten Land- ... gendarm, haßt die geringste Ausdehnung der öffent- ... lichen Thätigkeit, selbst wenn sie sich auf den Boden ... der bestehenden Staatsordnung stellt. . . . Wenn die ... Selbstherrschafft sich mit der Bureaucratie sowohl in ... Worten wie auch in Thaten identificirt, wenn sie nur ... unter vollständigem Ausschluß der öffentlichen Thätig- ... keit, unter der unaufhörlichen Verlängerung des zeit- ... weiligen B-lagerungszustandes sich erhalten kann, dann ... ist ihre Sache verloren. . . . Und jene thätigen Kräfte, ... die sich nicht begnügen wollen mit einem schweren, lang- ... samem Kampfe voller Concessionen auf dem Boden der ... heutigen Staatsordnung, wo sollen die hin? . . . Nach ... der schroffen, zurückweisenden Antwort, die Sie der ... Gesellschaft auf ihre bescheidensten und geistlichen ... Wünsche gaben, soll diese die rührigsten und begabtesten ... ihrer Kinder, die immer vorwärts streben, vertheidigen, ... vor dem Untergang schützen und auf dem geistlichen ... Wege zurückhalten? . . .“ Nicolaus II. wird gewiß ... die Antwort schuldig bleiben, wie sollte er auch darauf ... antworten können, er der blinde Vorwärtstreiber . . .

— Der Kaiser von China hat an seine Mi- ... nister ein Schreiben gerichtet, das in merkwürdiger ... Weise von anderen Herrscherproclamationen absteht. ... Das in der „Peking Staatszeitung“ veröffentlichte ... Schreiben hat folgenden Inhalt:

„An meine Minister! Seit dem Tage meiner ... Thronbesteigung habe ich mit Ihnen alle Staatsgeschäfte ... bearbeitet, die sich als nöthig erwiesen, das Reich zu ... erhalten und das Glück des Volkes zu festigen. In ... diese der Wohlfahrt meines Landes aeweihte Thätigkeit ... hat Japan plötzlich mit kriegerischer Hand eingegriffen. ... Es hat unseren Bajallerstaat Korea erobert, ist dann ... in unsere Gebiete eingedrungen und hat so den Frieden ... ganz Ostasiens gestört. Ich habe meinen Generale nur ... befohlen, die Japaner, die uns den Frieden geraubt ... haben, wieder zu verdrängen, aber niemals habe ich be- ... fohlen, den Frieden Japans zu stören. Das sind That- ... sachen, die auch dem Auslande bekannt sind. Aber ... unsere Generale waren entweder ohne Fähigkeit oder ... sie befehligten Soldaten, die ohne Disciplin waren. So ... mußte Japan von Sieg zu Sieg schreiten, und augen- ... blicklich bedroht es nicht nur unsere alte heilige Stadt ... Mukden, sondern auch diese Hauptstadt Peking. Tief ... empfinde ich die Schande. Sie ist unbeschreiblich, und in ... Worten vermag ich nicht auszudrücken, was meine Seele ... bewegt, denke ich an meine Vorfahren auf Chinas ur- ... altem Throne, und denke ich an das Ausland. Aber ... diese Schande ist nicht Ihre Schuld! Ich, Ihr ... Kaiser, bin ganz allein der Schuldig. Ich ... habe mich von den Generalen betrügen lassen, und auch



## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

45. Sitzung vom 25. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Böttcher, Graf Posadowsky, Dr. Miquel u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende vom Abg. Richter gestellte und von Mitgliedern der national-liberalen, freisinnigen, socialdemokratischen, antisemitischen und Centrumspartei gestellte Interpellation:

„Das Weimariſche Staatsministerium hat nach der Ungültigkeitserklärung des Mandats des Abg. Casselmann zum 14. März die Ersatzwahl für den Kreis Eisenach ausgeschrieben auf Grund der alten Wählerlisten vom Mai 1893. Das widerspricht dem Reglement zum Reichswahlgesetz nach Wortlaut und Sinn, sowie nach der Auslegung, welche das Reglement seitens des Reichstags und des Bundesraths stets gefunden hat. Die ausgeschriebene Wahl würde daher von vornherein der Gültigkeit entbehren. Wir fragen daher an, ob der Herr Reichskanzler hierüber Kenntnis genommen hat und gesonnen ist, in Gemäßheit des Artikel 17 der Verfassung (Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze) die Weimariſche Regierung zu ersuchen, unter Zurücknahme der Wahlausfertigung eine Neuausstellung der Wählerlisten zu veranlassen.“

Der Reichskanzler v. Böttcher erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten, glaubt aber eine Mittheilung machen zu können, die geeignet ist die Interpellation zu erledigen. Die Regierung hat sich schon früher auf den Standpunkt gestellt, daß bei der Ungültigkeitserklärung einer Wahl, falls ein Jahr seit der letzten Wahl verfloßen ist, neue Wählerlisten aufgestellt werden müssen. Die Reichsregierung hat der großherzoglich-sächsischen Regierung diese ihre Auffassung kundgegeben und diese hat mir noch gestern ein Telegramm zukommen lassen, wonach der auf den 14. März angeetzte Wahltermin aufgehoben worden ist und ein weiterer Termin auf einen späteren Tag angesetzt werden wird. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (frei. Volksp.): Damit ist allerdings die Interpellation erledigt.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reichs.

Reichsschatzsecretär Graf v. Posadowsky: Die Regierung bringe die Vorlage zum zweiten Mal ein, weil sie im Interesse des Reichs wie der Einzelstaaten für dringend notwendig hält. Wie es mit den finanziellen Verhältnissen in den Einzelstaaten aussieht, das hat der meinungsfähige Bevollmächtigte bei der Berathung des Tabaksteuergesetzes hier treffend ausgeführt. Die Vorlage soll zunächst für einen Zeitraum von fünf Jahren eine finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten herbeiführen. Zu diesem Zwecke sollten die Schwankungen der Matricularbeiträge und der Ueberweisungen beseitigt und den Einzelstaaten ihre Beiträge an Mehrüberweisungen über die Matricularbeiträge hinaus durch Festsetzung eines bestimmten Verhältnisses zwischen den letzteren und den Ueberweisungen gesichert werden. Dem Reich soll daher der Mehrertrag seiner Einnahmen verbleiben. Man hat für die Reformvorlage das Schlagwort „Automat“ gebraucht. Ich acceptire dieses Wort, denn gerade das Automatenhafte bürgt für eine sichere und gleichmäßige Functionirung den Einzelstaaten gegenüber. Die Finanzreform ist der einzige Ausweg, da das Centrum an der clausula Franckenstein nicht gerührt wissen will und es gegen Windmühlensflügel kämpfen hieße, gegen diesen Wunsch der stärksten Partei hier im Hause aufzutreten. Die den Einzelstaaten zusichernden Mehrüberweisungen über die Matricularbeiträge hinaus waren in dem letzten Entwurfe auf einen Mindestbetrag von 40 Millionen Mark jährlich festgesetzt. Auch jetzt muß die Regierung an dieser Summe festhalten. Die Deckungsfrage kommt dabei sehr in Betracht. Bei der Berathung des Tabaksteuergesetzes hatte ich die Gelegenheit, daß eigentlich kein Redner das Bedürfnis des Reichs auf Mehreinnahmen bestritten hat. Ich meine auch, der Reichstag ist verpflichtet, die Ausgaben für die neueste Heeresverlängerung zu decken, auch die Mitglieder die nicht für die Militär-Vorlage gestimmt haben, haben diese Pflicht, denn es ist doch das Weizen des Parlaments, daß Mehrheitsbeschlüsse formales Recht schaffen. Redner geht auf die organisatorische Leitung der deutschen Finanzgeschäfte ein. In den meisten anderen Staaten hat der Finanzminister eine besonders einflußreiche Function, die Stelle des Schatzsecretärs ist in England mit dem Minister-Präsidenten verbunden. Aber ein verantwortlicher Reichsfinanzminister ist in Deutschland staatsrechtlich unmöglich. (Sehr wahr, rechts.) Wenn es einen solchen gäbe, würde das eine Reichs-doppeladlerſchaft sein, die den Reim chronischer Verwickelungen zwischen Reichskanzler und Reichsfinanzminister in sich tragen würde. Diese Schwierigkeit läßt sich in Deutschland nur organisatorisch lösen und diesem Zweck dient der vorliegende Gesetzentwurf. Wir brauchen neue Einnahmen. Sie aber haben uns von dem vorjährigen Steuerbouquet nur die Stempelsteuer mit 17 Millionen bewilligt. Wir müssen einen Betriebsfonds schaffen, um die Gehälter der Reichsbeamten aufzubehalten. Wäre die Steuerlast schon früher besser geregelt worden, unsere Reichsschulden hätten nicht die Höhe erreichen brauchen. Statt der Tabaksteuer hat man eine Erhöhung des Postzeitungstariifs vorgeschlagen. Was würde aber wohl die Presse dazu sagen, rechts und links würde man sich dagegen wie ein Mann auflehnen. Daß die Mehrsteuer genügende Mittel aufbringen kann, wird man im Ernst nicht glauben wollen. Die einzige Steuer bleibt die Tabaksteuer, die lange nicht die schrecklichen Folgen haben wird, die hier prophezeit worden sind. Ein Consumrückgang wird nicht eintreten und weder die großen noch die kleinen Betriebe werden zu Grunde gehen. Man hat in der Debatte viel von den schwachen Schultern gesprochen. Heute ist aber wirklich alle Welt schulternschwach

Es haben sich mir sogar schulternschwach Millionäre vorgestellt. Die Agitation gegen die Tabaksteuer war sehr übertrieben, namentlich die Drohung mit der Entlassung der sämtlichen Arbeiter seitens der Fabrikanten. Die Regierung hält aber an der Tabaksteuer fest, solche Drohungen fallen von ihr ab wie Del vom Wasser.

Abg. Richter (frei. Vp.). Die Finanzreform hat eine sehr schwerwiegende grundsätzliche Bedeutung. Ich gebe im Princip zu, daß wir mit helfen müssen, die Kosten für die Militärvorlage aufzubringen. Wir helfen ja in der Budgetcommission mit, der Unterschied besteht nur darin, daß wir keine neuen Steuern wollen, sondern andere Deckung suchen. Der Herr Schatzsecretär sagte, es seien 58 Millionen nöthig, die Stempelsteuer habe 25 Millionen gebracht, es fehlen also noch 33 Millionen, die die Tabaksteuer bringen soll. Es sei doch darauf hingewiesen, daß die nach dem Antrag Huere modifizierte Militärvorlage angenommen worden ist, die nur 44 Millionen Kosten veranlasst. Die Tabaksteuer vertheuert besonders die 5- und 6-Pennig-Cigarren, belastet also die nicht reichen Leute! Die Steuer werde den Consum erheblich beschränken und würde auf die Tabakarbeiter noch schlimmer als der vorjährige Entwurf. Der Reichsschatzsecretär habe sich über die Agitation beschwert, aber die Tabakinteressenten seien doch wahre Weisenkinder gegen die Agitarier und Zuckerinteressenten und über diese Frage erwähnt der Reichsschatzsecretär kein Wort, ihre Beschwerden erkenne er sogar als berechtigt an, während diese doch sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern wollen, während die Tabakinteressenten sich nur in der Nothwehr befinden. — Im vorigen Jahre erschien der Finanzminister Bayerns hier, um uns auseinanderzusetzen, wie nöthig die Finanzreform sei. Er verwies darauf, daß Bayern an Matricularbeiträgen für 94.95 12 Millionen zu zahlen haben werde. Wie hat sich das Ding in Wirklichkeit gestellt? Statt 36 Millionen Matricularbeiträge über die Ueberweisungen hinaus sind nur 4 Millionen nöthig geworden, zu denen Bayern nur 400.000 Mark beizutragen hat. In diesem Jahre erschien der Finanzminister eines Kleinstaates, ein sachsen-meiningenscher Staatsminister, vor uns; aber die Gründe, die er vorbrachte, waren auch nicht stichhaltiger. — Wie steht es mit der Zukunft? Im Etatsjahr 95.96 besteht nach der Vorlage ein Deficit von 33 Millionen. Die Budgetcommission hat durch Streichungen dies Deficit um vierzehn Millionen gemindert und wird es noch weiter herabmindern. Andererseits sind die Einnahmen zu niedrig geschätzt. Ich bin davon überzeugt, daß bei richtiger Estimation nichts von dem Deficit übrig bleibt. Aber selbst angenommen, es bliebe, wie der Abg. Bachem meint, ein Deficit von 10 Millionen, so bedeuten 10 Millionen bei einem Etat von 2 Milliarden nichts. Und dies Deficit ist auf jeden Fall nur etatsmäßig Rechnungsmäßig wird auch das Etatsjahr 1895.96 nicht mit einem Deficit zu Lasten der Einzelstaaten sondern mit einem Ueberschuß enden. Der Herr Schatzsecretär bemüht sich, in eine noch weitere Zukunft zu blicken und malt das Etatsjahr 1896.97 schwarz in schwarz. Es fehlt seinen Behauptungen aber an jeder Grundlage. Der Herr Schatzsecretär hat immer nur von der natürlichen Steigerung der Ausgaben, aber nicht von der natürlichen Steigerung der Einnahmen gesprochen; diese natürliche Steigerung aber beträgt jährlich 23 Millionen. So hat Graf Posadowsky darauf hingewiesen, daß die niedrigen Naturalienpreise für das Heer verhältnißmäßig wieder steigen würden. Ich glaube auch, daß die Roggenpreise sich wieder erhöhen werden, aber wenn sie steigen, so ist auch die Zufuhr an Roggen aus dem Ausland größer, und es kommt mehr an Zoll ein. Der Bundesrath soll ein selbstständiges Interesse an einer parlamentarischen Finanzwirtschaft im Reich haben. Dieses Interesse verliert er ganz, wenn die Vorlage Gesetz wird. Das wollen wir nicht. Zum Wesen des Parlaments gehört die Möglichkeit, Spielraum in den Finanzen zu haben. Diesen Spielraum suche man durch das automatische Gesetz zu beschränken. Damit beschränkt man den Parlamentarismus und drückt die Staatsdebatten auf den Standpunkt der Staatsdebatten im Abgeordnetenhaus herab, wo sie reine Plauderstunden sind. Mit dem Gesetz declariren wir zugleich, daß die steigenden Ausgaben durch Vermehrung der indirecten Steuern, d. h. auf Kosten der minder wohlhabenden Klassen aufzubringen sind. Am richtigsten wäre es, das Gesetz nicht weiter zu berathen. Wenn aber doch eine Commissionsberathung beliebt werden sollte, so halte ich es für angemessen, es der Tabaksteuer-Commission zu überweisen. (Beifall links.)

Bayerischer Bundesbevollmächtigter, Ministerialdirector Freiherr v. Stengel: Die vom Abg. Richter vorgesehene Berechnung, wonach die Mehrbelastung für Bayern nicht 12 Millionen, sondern nur 400.000 Mark betrage, ist nicht richtig. Wir haben in Bayern zweijährige Finanzperioden, die mit dem Kalenderjahr laufen. Die Rechnung von 1/2 Jahren liegt erst vor und aus ihr läßt sich die Höhe des Betrages noch nicht festsetzen. Jedenfalls steht Bayern vor einem Deficit, wenn die Reichsfinanzreform nicht zu Stande kommt, und könnte dieses Deficit nur durch stärkere Anziehung der directen Steuern decken.

Bundesbevollmächtigter, sachsen-meiningenscher Staatsminister Dr. v. Heintz polemisiert gleichfalls gegen den Abg. Richter und tritt im Interesse einer geordneten Finanzverwaltung der Kleinstaaten für die Vorlage ein.

Bundesbevollmächtigter für Sachsen-Weimar, Dr. Heerwart (auf der Tribüne wie der Vorredner schwer verständlich) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Dr. Lieber (Str.): Der Bundesrath hätte bei Zeiten dafür sorgen sollen, daß nicht jedes Jahr ungemessene Mehrausgaben auf das Reich fallen. Der Reichstag hat jedes Jahr für Vermehrung der Reicheinnahmen gesorgt. Als die neue Militärvorlage zunächst abgelehnt wurde, hat man den Reichstag befehlighaft aufgelöst und mit unerhörtem Nachdruck einen neuen Reichstag zu Stande gebracht, der mit Ach und Krach schließlich die Vorlage annahm. Müge endlich der Bundesrath sich seiner Verantwortlichkeit bewußt und gegen neue Forderungen auf Heeresvermehrung hart

werden. Die neue Finanzreformvorlage unterscheidet sich in einigen Punkten zu Gunsten von der vorjährigen und dadurch sind unsere Bedenken beseitigt. Aber unsere Sympathie für sie ist in einer Hinsicht nicht gewachsen. Die Franckensteinsche Clausel, die wir für eine der schönsten Errungenschaften unserer parlamentarischen Thätigkeit halten, wird durch die Finanzreform bedroht. Wird nicht im § 1 der Vorlage der Absatz 2 gestrichen, so ist für uns die Vorlage ganz unannehmbar. Alle diese verfassungsrechtlichen und finanzpolitischen Bedenken müssen in einer Commission eingehend erörtert werden, bevor eine gültige Entscheidung möglich ist. — Redner bestreitet die Richtigkeit der Annahme des Abg. Richter, die Finanzreform verlange die Deckung aller Mehrausgaben durch indirecte Steuern. — Wir sind gewillt, ernstlich mitzuarbeiten, um die Vorlage in der Commission so zu fassen, daß das Wohl der Einzelstaaten und des Reichs gefördert wird. (Bravo! im Centrum.)

Abg. v. Frege (cons.): Die Vorlage ist außerordentlich bedeutungsvoll; leider entspricht die Befehung des Hauses dieser Bedeutung nicht. Hoffentlich wird aus der Commissionsberathung der Vorlage etwas Begehrliches herauskommen. Die Vorlage stellt eine so große Concession zu constitutioneller Sicherung unserer Finanzen dar, daß es unbegreiflich bleibt, daß die Linke es ablehnt, die von der Regierung dargebotene Hand anzunehmen. Die conservative Partei beklagt es, daß die Regierung aus der vorjährigen Vorlage die 40 Millionen Ueberweisungen an die Einzelstaaten gestrichen hat. Aber die Stimmung der übrigen Parteien war dagegen. — Die directe Steuerkraft der Einzelstaaten ist erschöpft. Wer die Geschichte des alten Zollvereins studirt, muß finden, daß es ein Hauptfehler gewesen ist, das indirecte Steuerwesen zu vernachlässigen. (Zustimmung rechts.) Gerade der Mittelstand leidet am meisten an der direkten Besteuerung. Das Geheimniß des französischen Volkswohlstandes ist die musterhafte Ausbildung des indirecten Steuerwesens. Mit der Inaugurirung der neuen Wirtschaftspolitik im Jahre 1879 hat die große Zeit begonnen, wo es uns mit Hilfe der indirecten Besteuerung möglich geworden ist, die Mittel aufzubringen, um für die Arbeiter in weitgehender Weise zu sorgen. Wir scheuen uns gar nicht, nicht nur den Tabak, sondern auch das Bier und andere Gegenstände für die Besteuerung zu empfehlen. Gerade, um den Mittelstand nicht zu vernichten und um ihn nicht in die Arme der Socialdemokratie zu treiben, ist die Finanzreform nöthig. Würde man nach dem Vorschlage des Abgeordneten Richter die Zuckereportprämie beseitigen und die Vorthelle der Contingentirung bei der Branntweinsteuer den Brennern nehmen, dann würden zahllose Existenzen vernichtet werden, und tausende von Arbeitern ihr Brot verlieren. Die Hoffnung, aus dem Zucker und dem Branntwein auf diese Weise Mehreinnahmen für das Reich herauszuschlagen, muß also nothwendig aufgegeben werden. Gerade diejenigen, die dem österreichischen Handelsvertrage zugestimmt haben und ihn noch jetzt als höchste politische Weisheit betrachten, haben die moralische Verpflichtung, den dadurch beantragten Einnahmeausfall auch wieder zu decken. — Die schwächsten Schultern im deutschen Reich sind gegenwärtig unbedingt der Mittelstand, die kleinen Leute. Sie haben ihre Ersparnisse hauptsächlich in vierprocentigen Reichs- und Staatspapieren angelegt und dürfen nicht durch neue Conwertirungen beunruhigt werden. — Den Bedenken des Centrums wollen wir in jeder Weise entgegenkommen. Wir hoffen auf ein günstiges Resultat der Commissionsberathung.

Ein Berathungsantrag wird angenommen.  
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.  
Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung. Wahlprüfungen.  
Schluß 5 1/2 Uhr.

Die schlesischen Weber in vergangenen Jahrhunderten.

Das Kapitel vom „schlesischen Weberelend“ scheint unerschöpflich. Einmal schon wegen des bloßen Interesses, das eine Untersuchung der Lage dieser „elendesten Bewohner vielleicht von ganz Europa“ bieten mußte; einer Lage, die die Herabdrückung des Lebensniveaus vernunftbegabter Wesen mit den unabwieslichen Ansprüchen solcher auf eine grauenvoll niedrige Stufe aufwies, der Arbeiterschaft aller Länder und nicht minder ihren Ausbeutern ein Gegenstand unheimlicher, beängstigenden Interesses, wenngleich natürlich von entgegengesetzten Standpunkten aus. Ein nicht minderes Interesse nahm an diesen Zuständen der Staat selbst, nur daß er sich desselben gewöhnlich erst nach einer Zeit bewußt ward, da dies nichts mehr nützen konnte: erreichte nämlich das Elend einen ungewöhnlichen Grad, so konnte von Steuerzahlung keine Rede sein, ganz abgesehen davon, daß im Uebermaß unerträglich gewordenen Hungers selbst die enkrafteten Weber zu den Argumenten der Faust griffen. Dazu kam noch, daß der große Kampf zwischen Arbeit und Capital, der hier in der mörderischsten, wenn auch unblutigen Weise ausgefochten wurde, der junkerlichen Reaction als geeignetes Mittel erschien, ihre alten Rechnungen mit dem Bürgerthum auszugleichen: wir erinnern nur, wie in der Webernoth der sechziger Jahre, zur Zeit der Agitation Ferdinand Lassalle's, die Junker plötzlich ihr Herz für die schlesischen Hungerproletarier entdeckten. Daber unser Jahrhundert eine ganze Fülle polemischer Schriften, den verschiedensten Parteiinteressen dienend, aufweist, die

diese Frage behandeln; daher die ersten modern-socialen Einbrüche, die unsere schöne Literatur aufweist, den Zuständen Schlesiens zu verdanken sind; von dem unbekannt gebliebenen Verfasser des „Blutgerichtes“ bis Heine, Freiligrath, Schulz und neuerdings Gerhart Hauptmann, immer dieselbe Melodie: „Die Weber haben schlechte Zeit.“

Der Grund für dieses unaufhörliche chronische Elend der Industriebevölkerung eines ganzen Landes scheint klar genug zu liegen. Es handelt sich einfach darum, daß die capitalistische Hausindustrie, wo sie in Concurrenz tritt mit einer überlegenen Produktionsweise, Zustände erzeugt, denen gegenüber all die Schrecken des jungen, unabhängigen, sich selbst überlassenen Capitalismus, der aus dem Blute armer Kinder sich den stärkenden Trank holt, der ihn befähigt, die Welt Herrschaft anzutreten, als harmlos und idyllisch erscheinen. Es handelt sich darum, daß die Weibehaltung einer längst veralteten Technik nur möglich erscheint durch die wahnsinnigste Ausbeutung der Arbeiter vom frühesten Alter an, durch die Herabdrückung der Löhne unter das Maß der Löhne in den concurrirenden, vorgeschrittenen Industrien; daß aber die einzige Waffe dieser Schmutzindustrie für den Concurrenzkampf: Billigkeit, vollständig weit gemacht wird durch ihr unvermeidliches Folgeübel: Minderwertigkeit des Productes, so daß zur Vergütung für die mindere Qualität noch weiter in den Preisen heruntergegangen, das heißt die Löhne noch niedriger gedrückt werden, das heißt schließlich wieder nur noch schlechter producirt wird. So bewegt sich diese überholte Produktionsform in einem fehlerhaften Zirkel, dem Proletariat gleich verderblich wie der Industrie des betreffenden Landes selbst, weil am Ende die fortgeschrittene Technik doch siegt über weitestgehende und vorurtheilslose Schmutzconcurrenten. Die Kriegskosten tragen in letzter Linie doch nur die Arbeiter, an denen aber die zügellose Ausbeutung ein noch viel größeres Verbrechen verübt als die bloße Verelendung und Verfrüppelung: sie macht dieses Elend zu einer ansteckenden Krankheit, die sich von den Eltern auf die jungen Kinder fortpflanzt, immer größere Dimensionen annimmt, je mehr man sie einzudämmen versucht, ihre Opfer geistig und körperlich so hernimmt, daß sie unfähig werden zur Verwendung in anderen Beschäftigungen: kurz das, was Lujo Brentano treffend den „wasserpestartigen“ Charakter der Hausindustrie nennt.

Das gilt aber nur für die moderne capitalistische Hausindustrie. Im Weisen der früheren Hausindustrie, die ihren Namen mit Recht führte, weil der Arbeiter thatsächlich unter eigenem Dach und Fach wohnte und arbeitete und die durch den Wechsel der Jahreszeiten notwendig gewordene Unterbrechung der landwirtschaftlichen Production durch gewerbliche Thätigkeit ausfüllte, liegt durchaus nicht das Elend der heutigen Hausindustrie. Im Gegentheil! Wir wissen von einer Reihe durchaus blühender Hausindustrien, betrieben von einer gesunden kräftigen Bevölkerung von mäßiger Wohlhabenheit, wie zum Beispiel gerade die Garnindustrie in England zu Ende des vorigen Jahrhunderts vor der großen technischen Umwälzung dieser Industrie. All das heutige Elend der schlesischen Hausweber würde also ganz gut zulassen, daß ihre Lage früher eine mindestens auskömmliche gewesen sei, besonders wenn man bedenkt, daß das ganze siebzehnte Jahrhundert hindurch bis zur Mitte des achtzehnten die schlesische Industrie eine dominierende Stellung einnahm und die gefährliche englische Concurrenz erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Bedeutung wurde. Man zeigt sich aber etwas Wertwürdiges: alle Quellen stimmen überein, daß die Lage der Weber immer eine sehr gedrückte war und selbst in den besten Zeiten niemals eine menschenwürdige wurde, hingegen bei jeder leichtesten Krise sofort directe Hungersnöthe zur Folge hatte. Man dürfe sich also fragen, woher es kommt, daß die große schlesische Seerandindustrie ihren Arbeitern selbst in einer Zeit, da von einer Concurrenz mit moderner Fabriksindustrie, auch mit einer solchen in anderen Ländern nicht die Rede sein konnte, kein antkömmliches Dasein gewährte? Warum denn die „unabhängigen“ Weber in ihrer Lage sich materiell von ihren heutigen, der modernen Industrie dienstbar gewordenen Nachfolgern? Und die Antwort lautet: Die schlesischen Weber waren überhaupt nie unabhängig.

Die Weber waren nämlich der Grundherrlichkeit unterworfen. Die industrielle Organisation Schlesiens

hatte sich aus der Verfassung der alten Frohnhöfe herausgebildet. Der alte grundherrliche Betrieb concentrirte sich in den Frohnhöfen, auf denen die Hörigen saßen und hier ihre Fähigkeiten im Dienste des Herrn verwendeten. Also zumeist Arbeiten landwirtschaftlicher Natur, doch kamen auch gewerbliche Arbeiten vor, welche letztere dann natürlich in den städtischen Frohnhöfen die Regel bildeten. Während nun anderswo (zum Beispiel in Preußen) die landesfürstliche Steuergesetzgebung die Industrie in die Städte hineingezwungen hatte, war dies in Schlesien nicht der Fall gewesen; hier war sie auch über das platte Land verbreitet. Da nun aber nach herrschender Rechtsanschauung die Unterthänigkeit eine auf dem Grunde ruhende Eigenschaft war, also wer unterthänigen Grund und Boden erwarb oder auf solchen zog, selbst unterthänig wurde („die Luft macht unfrei“), traten auch die herbeigezogenen freien Handwerker in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis; ja, es kam noch Anfangs dieses Jahrhunderts vor, daß die berüchtigsten und reichsten unter den Ausbeutern der armen Weber Unterthänige irgend eines Adligen waren. Uebrigens ist das letztere gar kein übler Zug zur Charakteristik der deutschen Bourgeoisie, die heute in ihrer Altersschwäche sich wieder ihres Ursprungs zu erinnern scheint, und was sie damals war: zu gewerblicher Arbeit geachtete Leibeigene und der harten Knechtschaft entronnene Landläufer; und getreu ihrem Ursprung nehmen die deutschen Bourgeois auch heute die entsprechende Stellung ein: nur daß sie nicht Leibeigene sind, sondern Lakaien, und nicht entlaufene Knechte, sondern sich freiwillig zur Knechtung anbietende Kammerkerle; feigherziges Gesindel, dem seine Lobbudler gern eine Hamletnatur andichten möchten, von der es aber nur die Feilheitsigkeit und die Muthlosigkeit bezieht.

(Fortsetzung folgt.)

### Locales.

Breslau, den 26. Februar 1895.

Wirkungen capitalistischer Profitgier im Stadtparlamente.

B. G. Die uralte, schon seit vielen Jahren ungenügend bringende Angelegenheit der Bebauung der Reichsäcker, die in der Stadtverordnetenversammlung vom 21. d. M. endlich eine einigermaßen befriedigende Förderung erfahren hat, giebt trotz alledem noch zu allerlei nicht unwesentlichen Betrachtungen Anlaß.

Es ist wahr, daß überhaupt in dieser Sache etwas geschehen ist, ist schon recht tröstlich, und wenn wir ein so bescheidenes Gemüth besäßen, wie die „Breslauer Morgenzeitung“, so würden wir mit ihr ausrufen: „Dem Himmel sei Dank!“ denn in der That ist die Reichsäckerfrage für uns Breslauer eins von unsern vielen Schmerzenskindern, welches schon unzählige Communalbehörden gekümmert hat und ebenso unzählige Ausschüsse, die alle ganz fruchtlos verliefen.

Man könnte man mit der „Morgenzeitung“ sagen, daß Generationen darüber weggestorben sind — so alt ist die Reichsäckerfrage.

Seider ist nur das, wozu sich unsere Stadtverordneten entschlossen haben, nämlich nichts das Beste, was unter den obwaltenden Umständen hätte geschehen können.

Der Magistrat hatte zwei Pläne für die Bebauung der Reichsäcker vorgelegt und die Stadtverordnetenversammlung hat mit bewährter Sicherheit die schärfste von beiden herausgegriffen und hartnäckig, wie die Herren nun einmal sind, auch den Ausführungen des Oberbürgermeisters entgegen an ihm festgehalten.

Man sieht, erklärte Herr Bender den von dem Grundeigentümerauschuß und dem Bauauschuß abgeleiteten Plan für den viel vortheilhafteren. In dem von den genannten Ausschüssen bevorzugten Plan sind Gartenanlagen nicht vorgesehen. Er ist, wie von dem Berichterstatter des Ausschusses angegeben wurde, gerühmt worden, weil er größeren materiellen Nutzen verspricht, indem bei seiner Durchführung sehr Bauplätze vorhanden sind, als bei der des anderen Planes, welcher letztere eines diagonalen Promenadenweges durch den mittleren Häuserblock vorsehen sollte.

Ang der Stadtverordnete Melde hielt diesen Plan für den besseren, obwohl er nicht genau denselben sprechen wollte, weil es für den in Frage kommenden jüdischen Theil der Stadt vor Allen darauf ankomme, daß die Reichsäcker endlich bebaut werden.

Die Gefahr weiterer Verschleppung der Angelegenheit lag auch wirklich sehr nahe. Gewonnen haben aber auch werden, daß sich hierbei wieder einmal gezeigt hat, wie sehr bei unsren Stadtverordneten die grobmateriellen Interessen überwiegen, und wie eigensinnig und kurzichtig

sie allen höheren und weitergestreckten Zielen gegenüber stehen.

Die Kleinlichen, widerlich-selbstsüchtigen Capitalisteninteressen machen sich bei solchen stadtväterlichen Entscheidungen immer und ewig im Vordergrund breit. Daß Grundbesitzer und Bauplätzschacherer, Maurer- und Zimmermeister und ähnliche Leute recht viel Gelegenheit bekommen, möglichst mühelos wohlhabende Leute zu werden, das ist überall die Hauptsache!

Auch der bessere Plan, den der Oberbürgermeister empfahl, ließ noch sehr viel zu wünschen übrig. Heute zu Tage dürfte überhaupt keine Straße mehr angelegt werden, ohne Promenadenwege, Gartenanlagen, Bier- und große Kinder Spielplätze. Gezwängt dürfte auch nirgends gelitten werden, daß Häuser in langen Reihen dicht aneinander gebaut werden und der frischen Luft so der freie Zugang möglichst abgesperrt wird. Da wo in Breslau z. B. für die sogenannte beste Gesellschaft Straßen angelegt werden, da wird für Gartenanlagen schon gar nicht übel gesorgt, wie das z. B. auf unserer Kaiser-Wilhelmstraße, in unserer Steuerdrückberger-Colonade in Kleinburg, in Scheitnig u. s. w. der Fall ist. Und wenn auch in Breslau der Gedanke, daß alle Häuser freistehend und um ein paar Meter von einander entfernt gebaut werden müßten, noch zu den unerhörten zählt, so braucht man sich doch z. B. bloß von den Schwaben in Stuttgart eines Besseren belehren zu lassen, wo schon über ein halbes Jahrhundert lang alle Häuser freistehend gebaut werden müssen. Stuttgart zählt dafür auch — allerdings nicht allein deswegen, sondern mit deshalb — zu den aller gesündesten Großstädten, während Breslau unter dem ungesundsten so ziemlich die allerungesündeste ist und bleibt.

Solchen Thatsachen gegenüber, die für einen ernstlich pflichtbewussten Stadtvertreter schier unerträglich sein sollten, sind unsere Breslauer Stadtväter die reinen Muselmänner, die achselzuckend ihr Rismet! brummen und sich von unbequemen Thatsachen in ihrer Gemüthsruhe nicht im mindesten stören lassen.

Aber selbst solche bescheidene und naheliegende praktische Forderungen, wie sie der Stadtverordnete Melde geltend machte, finden bei der Mehrheit der Herren Stadtverordneten kein Gehör. Er trat für die Anlage eines größeren Marktplatzes auf den Reichsäckern ein. Nach dem angenommenen Plan wird ein Marktplatz errichtet, der 16 1/2 Ar groß sein soll, also rund 1600 Quadratmeter oder 40 Meter lang und 40 Meter breit.

Herr Melde verlangte, daß dieses lächerlich kleine Plätzchen wenigstens um die Hälfte vergrößert werde, und machte darauf aufmerksam, daß nach Bebauung der Reichsäcker diese Gegend eine Stadt für sich bilden werde mit im ganzen 40 bis 50,000 Einwohnern, daß ferner auch in der Nähe der Reichsäcker sich eine Reihe ländlicher Ortschaften befindet, und sich mithin in jenem Stadttheil bald ein lebhafter Marktverkehr entwickeln müsse.

Auch der Oberbürgermeister erklärte, er habe gegen die Vergrößerung des Marktplatzes nichts einzuwenden; aber es nützte wiederum Alles nichts.

Der Stadtverordnete Gothein brachte es sogar fertig, darauf hinzuweisen, daß wir ja in der That lebten, wo Märkte beseitigt und Markthallen angelegt würden; da brauche man doch nicht in Breslau für Schaffung neuer, größerer Marktplätze zu sorgen. Unsere Stadtverordneten hätten sich, dem sonderbaren Herrn mit dem verdienten Hohnlächeln zu antworten, lag es doch nicht in ihrem Interesse, daran zu erkennen, daß es ihrer Verschleppungsgenialität gelungen ist, die für Breslau gleichfalls schon so brennend gewesene Markthallenfrage bis mindestens ins nächste Jahrhundert hinein zu verschieben.

Die Stadtverordnetenversammlung vom 21. d. Mts. hat noch in anderer Beziehung zu Betrachtungen Anlaß geboten; für heute aber wollen wir es genug sein lassen. Wir werden bei nächster Gelegenheit darauf zurückkommen.

\* Öffentliche Versammlung des liberalen Wahlvereins. Bekanntlich fristet in der ehemals stark demokratischen, jetzt sogar überwiegend socialdemokratischen Haupt- und Residenzstadt Breslau auch ein bescheidenes Häuflein Männer ein schattenhaftes Dasein, die zur freistündigen Vereinigung gehören, sich liberalisieren und in einem liberalen Wahlverein vereinigt haben. Dieser Verein hielt am Sonnabend Abend im Saale der Neuen Börse eine öffentliche Versammlung ab. Als Referenten waren bestimmt die Reichstagsabgeordnete Bachnick, der über: „Die li-

\*) Lujo Brentano „Ueber den grundherrlichen Charakter der hausindustriellen Seerandgewerbe in Schlesien“, aus Anlaß einer Besprechung des Buches „Wände und Berufe des Seerandgewerbes in Schlesien“ von Dr. Alfred Zimmermann. Als Erwiderung auf die Angriffe der Professoren Steinlagen und Bauer-Sombart von Brentano verfaßt: „Ueber den Umfang der Grundherrlichkeit im Bereich des Seerandgewerbes auf das schlesische Seerandgewerbe.“

\*) Diagonal, d. h. mit einem Winkel eines Viertels nach dem Hauptgegenüberliegenden laufend.

\* Rismet, Schicksal, unvermeidliches Verhängnis.

sturzvorlage und die übrigen Aufgaben des Reichstages", und der hiesige Handelskammer Syndicus und Landtagsabgeordnete für Breslau, Gothein, der über die Währungsfrage sprechen sollte. Herr Pachnide, ein recht geschickter, wenn auch etwas zu pathetischer Redner, entlebte sich seiner Aufgabe mit ziemlichem Glück. Er besproch die gesamte gegenwärtige politische Situation und fand, das mag zugegeben werden, einige energische Worte des Protestes gegen die Umsturzvorlage und die neuen Steuervorlagen. Trotzdem fand er an der Umsturzvorlage einiges Annehmbare; annehmbar seien nämlich diejenigen Bestimmungen, welche sich gegen den gewaltsamen Umsturz und alle diejenigen, die sich gegen die „Verführung“ des Heeres richten. Weder die einen noch die anderen sind nöthig: die gewaltsamen Umsturzversuche werden mit den vorhandenen gesetzlichen Mitteln schon genügend getroffen, und unter den Zugehörigen des Heeres machen wir nie auch nur die geringsten Agitationsversuche. Selbstverständlich ferner die Behauptung, daß der Reichstag, der die Militärvorlage angenommen habe, nun auch moralisch verpflichtet sei, für die Deckung der durch die Annahme der Militärvorlage entstehenden Kosten zu sorgen. Der ganze Reichstag hat doch wohl durchaus nicht diese Pflicht, höchstens diejenigen Abgeordneten, die f. S. für die Heeresverstärkung zu stimmen sich vergessen konnten. Nicht neu und wieder unbewiesen, weil unabweisbar, war die Behauptung, daß eine Reichseinkommensteuer unmöglich sei. Der Redner schlug eine Reichserbschaftsteuer vor. Am interessantesten in der ganzen Rede waren die thränenvollen Klagen über den Niedergang des Liberalismus in Deutschland. Die Energie des Bürgerthums gegen die Reaction lasse viel zu wünschen übrig; sogar in der eigenen Partei sei durch Verletzungen und persönlichen Streit die Energie des Aufstrebens stark geschädigt worden. Es sei heute die Aufgabe aller liberalen Männer, sich zu einigen. Die schwere Zeit der Reaction verlange das, und keine andere Partei lasse die etwa in ihrer Mitte vorhandenen Gegensätze bis zur Trennung sich verhärteten. „Wir sind verloren, wenn wir uns gegenseitig angreifen; wir werden siegen, wenn wir uns gegenseitig vertragen. Die Zukunft des Liberalismus ist eine sehr trübe, sehr traurige. Die nächste Aufgabe ist die Concentration aller liberalen Politiker.“ Das sind schöne Giständnisse; wir verstehen die Klagen. Sie sprechen nichts anderes aus, als das, was unsere Partei schon vor drei Jahrzehnten ausgesprochen hat, obgleich damals der Liberalismus, wenn auch innerlich, so doch äußerlich noch lange nicht abgewirhtschastet hatte. Echt liberale Männer giebt es schon lange nicht mehr in Deutschland; die sich so nennen, täuschen entweder sich oder andere oder beide. Und da wird keine „Concentration“ und kein Appell an die verschiedenen zersprengten Herdhaufen nützen; der Liberalismus ist längst todt, was brauchbar und thätig an ihm war, ist bei uns. Wie in der ökonomischen Welt der Mittelstand, so werden in der politischen Welt die Mittelparteien zerrieben und sinken zur Bedeutungslosigkeit herab. Sein Schicksal hat der Liberalismus selbst verschuldet. Das Molluskenthum in der Politik ist nun einmal vom Uebel; heute giebt es ja nur ein Entweder — oder: entweder offene Reaction nach dem Muster des Freiherrn v. Stumm, oder energische Opposition nach dem Muster der Socialdemokratie. Heute gilt kein ja — aber kein einerseits — andererseits, sondern nur entweder — oder. Doch zu dieser Entscheidung braucht man etwas Rückgrat, und das fehlt gerade den „liberalen Männern“.

Herr Gothein wurde seiner Aufgabe auch nicht im Mindesten gerecht. Was er vorbrachte, waren einige zusammenhangslose Bemerkungen, die mit der Währungsfrage ab und zu in einer ziemlich entfernten Beziehung standen, die aber dem, der von der Währungsfrage nicht viel verstand und Aufklärung wünschte, vollständig dunkel blieben. Herr Pachnide hatte in wenig Minuten durch einige Andeutungen über diese interessante Frage mehr geleistet, als Herr Gothein in seinem ziemlich langen „Vortrage“.

\* **Stadtverordneten-Versammlung.** Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 28. Februar, Nachmittags 4 Uhr statt. Die Zahl der neuen Vorlagen ist gering, dagegen ist eine stattliche Reihe alter Vorlagen zu erledigen. Hervorzuheben ist, daß der Finanzausschuß der Versammlung den vom Magistrat im Entwurf vorgelegten „Bestimmungen betreffend den Erwerb von Wechseln durch die städtische Sparkasse zu Breslau“ empfiehlt mit der Aenderung, daß der Satz: „Der Gesamtbetrag der anzuschaffenden Wechsel darf den zehnten Theil des Einlagecapitals nicht überschreiten“, eingeschaltet werde.

\* Gegen die Umsturzvorlage. Wie bereits

angekündigt, bereitet die „Breslauer Dichter-Hule“ eine Versammlung vor, in welcher Rechtsanwalt Armer über: „Die Gefahren der Umsturzvorlage für die Literatur“ sprechen wird. Die Versammlung soll nun am 6. März im großen Saale des „Café restaurant“, Carlstraße, stattfinden. Jeder Interessent ist willkommen. Näheres z. B. durch Inserate.

\* **Deutsche Gesellschaft für ethische Cultur.** Mittwoch, den 27. d. Mts., Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, wird Herr Kapellmeister Eduard Levy einen Vortrag halten über: „Die Oper in ihrer ethischen und künstlerischen Bedeutung“. Die Versammlung, in der Gäste willkommen sind, wird ausnahmsweise im Musiksaale der Universität stattfinden.

\* **Stadt-Theater.** Heute gelangt die Oper „Mignon“ zur Wiederholung. Morgen, Mittwoch, gelangen die Opern „Das Nachtlager von Granada“ und „Bajazet“ zur Aufführung.

\* **Concordia-Theater.** Heute, Dienstag, findet große Fastnachtsfeier statt, bestehend aus Concert, der dritten Wiederholung von Treptows „20 000 Mark Belohnung“ und zum Schluß Fastnachts-Räzchen. Mittwoch geht zum Benefiz für Fr. Marie Strauß Lindaus „Maria und Diabalaena“ in Scene und wünschen wir, daß die Künstlerin durch ein recht volles Haus belohnt werde.

\* **Stadtsstatistik.** Im Polizei-Myl für Obdachlose wurden im Januar untergebracht: 2627 Männer, 311 Weiber und 18 Kinder, zusammen 2956 Personen, durchschnittlich täglich 95. In der gleichen Zeit fanden im Myl für Obdachlose auf der Höfchenstraße Unterkommen 135 Männer, 437 Frauen und 81 Kinder, zusammen 653 Personen, durchschnittlich 21 täglich, so daß im Januar überhaupt 3609 Personen obdachlos waren. — Die Frequenz des Polizeiasyls für Obdachlose betrug im Jahre 1891 17,583, 1892 21,355, 1893 23,017. Welche ungeheure Summe von Noth und Elend sprechen diese nackten Zahlen aus!

\* **Im städtischen Armenhause** waren am Anfang Januar 352 Männer und 284 Frauen untergebracht, am Ende des Monats 360 Männer und 280 Frauen.

\* **Opfer der Arbeit.** Am 23. d. Mts., Mittags, wurde der Arbeiter Kommer in einer Tischlerei auf der Salzstraße zwischen einem Treibriemen und der Treibriemenscheibe eingeklemmt todt aufgefunden. M. ist ausgeglitten, gerieth in den Treibriemen und wurde mit dem Brustkasten eingedrückt, wodurch er erstickte. Die Leiche wurde nach der Anatomie geschafft.

\* **Auf dem Eis eingebrochen.** Am 23. d. M., Nachmittags brach auf dem Obereis unterhalb der Wilhelmsbrücke ein elf Jahre alter Schulknaabe ein, wurde aber von einem Schiffbauer gerettet. Der Knabe wurde nach der nahe gelegenen Militärschmiede und von da nach der elterlichen Wohnung gebracht.

\* **Diebstahl.** Am 21. d. Mts., Abends, wurde auf der Carlstraße von einem Wagen ein V. W. 570 gezeichnetes Colli Bücher im Werthe von 150 Mk. gestohlen.

\* **Verhaftet** wurden am 23. d. Mts. zwei Männer, die auf der Garbestraße die Scheibe eines Schaufensters zertrümmert und aus diesem ein Paar Ladgamaschen und ein Paar Hauschuh genommen hatten; ferner ein Gärtner wegen Unterschlagung, ein Tischler wegen Unterschlagung von 103 Mark, ein Maschinenarbeiter wegen Diebstahl von 10,80 Mark und ein Kutscher wegen Diebstahl eines Trauringes.

\* **Polizeiliche Nachrichten.** In das Polizeigefängniß wurden am 23. und 24. d. Mts. 104 Personen eingeliefert. — **Abhanden** kamen: ein Zehnmarkstück, drei Portemonnaies mit 9, 20 und 140 Mark Inhalt, ein goldener Damenring, gezeichnet W. U. 4. 1. 75, ein goldenes Kreuz und eine Pferdebedeckung. — **Gefunden** wurde eine Wagenplauze, eine Geldbörse mit Inhalt, ein Ring mit Stein, zwei Umschlagetücher, eine Brille und ein Pack Cigarren.

**Schlesien.**

\* **Waldenburg.** Bereits am 15. Januar sollte vor der Strafkammer in Schweidnitz ein Vermin stattfinden wegen Verleumdung der Polizeibehörde zu Freiburg durch ein daselbst verbreitetes Flugblatt, welches auch den Thatbestand des großen Unfugs enthielt durch Boykotterklärung des Gasthofes „Zum Buchwald“. Dieses Flugblatt verfaßt und vertheilt zu haben, war ein Cigarrenhändler angeklagt, während der Verbreitung des Flugblattes und der Theilnahme am großen Unfug ein Drechsler, ein Tischler, ein Uhrmacher und ein Uhrenfabrikarbeiter, sämmtlich aus Freiburg bezw. Polkniß, beschuldigt waren. Die Vertheilung des Flugblattes hatte in einer Auflage von 750 Exemplaren im September v. J. stattgefunden. Die 5 Angeklagten machten in der Verhandlung vom 15. Januar nach Ablehnung ihrer Anträge geltend, daß der Gerichtshof befangen sei und lehnten denselben ab, was auch der Gerichtshof annahm. Das Oberlandesgericht zu Breslau wies diesen Beschluß ab und übergab die erneute Beweisaufnahme wiederum der Strafkammer in Schweidnitz, welche vor einigen Tagen darüber verhandelte. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte der erste Angeklagte, die Verhandlung auszusetzen, da nicht die von ihm vorgezeichneten Zeugen geladen worden sind und er und seine Genossen gegenseitig als Entlastungszeugen auftreten würden. Diesen Antrag lehnte der Gerichtshof ab. Nunmehr lehnten die fünf Angeklagten das Richtercollegium wiederum als befangen ab, da ihre Anträge abgelehnt worden sind und ihnen daher nicht die Möglichkeit gegeben sei, ihre Entlastungsbeweise vorzubringen. Der Gerichtshof lehnte es ab, auf die es neue Ablehnungsgesuch eine Entscheidung zu treffen, da bereits das Oberlandesgericht diesen Antrag abgelehnt hat. Jetzt erklärten die fünf Angeklagten, daß sie auf jede Vertheidigung

verzichten und keinerlei Aussagen machen würden. Es erfolgte nun die Verlesung des betreffenden Flugblatt-Artikels, der mit der Ueberschrift: „Arbeiter! Parteigenossen!“ beginnt und mit der Unterschrift: „Die Localcommission“ schließt. Sämmtliche fünf Angeklagten erklärten nochmals, daß sie sich zur Sache selbst nicht äußern würden. Nach der Vernehmung dreier geladener Zeugen erklärten die beiden ersten Angeklagten, daß ein Beweis gegen sie nicht erbracht sei und bei einer Vertagung und Vernehmung der anderen Zeugen würde sich die Wahrheit des Flugblattes ergeben. Die Strafkammer lehnte auch diesen Antrag ab, da er nicht erheblich für die Beurtheilung der That sein würde und die Kenntniß von dem Inhalt des Flugblattes den Vertheilern desselben bekannt gewesen sei. — Der Erste Staatsanwalt hielt den ersten Angeklagten für überführt der schweren Verleumdung der Freiburger Polizeibehörde und des großen Unfugs wegen Verbreitung des Flugblattes; er beantragte gegen denselben eine Gesamtsstrafe von vier Monaten Gefängniß und Publikationsbefugniß des Urtheils durch den „Freiburger Boten“. Gegen die beiden letzten Angeklagten beantragte er wegen Beihilfe zum großen Unfuge eine Gefängnißstrafe von je einem Monat; gegen die beiden anderen Angeklagten Vertagung der Verhandlung und Vernehmung anderer Zeugen, welche die von diesen ausgeführte Vertheilung des Flugblattes befunden sollen. — Der Gerichtshof erkannte dahin, daß der erste Angeklagte wegen öffentlicher Verleumdung, nicht auch wegen großen Unfugs, zu zwei Monaten Gefängniß und die beiden letzten Angeklagten wegen Beihilfe zur Verleumdung, nicht auch wegen großen Unfugs, zu je 3 Wochen Gefängniß verurtheilt wurden. Die beiden anderen Angeklagten wurden mangels Beweises freigesprochen. Der Freiburger Polizeibehörde wurde das Publikationsrecht im „Freiburger Boten“ zugesprochen.

\* **Görlich, 25. Februar.** Opfer der Arbeit. Am 22. d. M. Nachts 11 Uhr wurde der Rangirer Schander auf hiesigem Bahnhofe von einem im Laufe befindlichen Wagen überfahren und tödtlich verletzt. Sch. ist bereits seinen Verletzungen erlegen. — In Gersdorf, Kreis Görlich, verunglückte ein 19-jähriger Müllergehilfe in einer Windmühle, indem er beim Schmieren in das Getriebe kam. Der junge Mann wurde als Leiche von seinem Brotherrn unten in der Mühle aufgefunden.

\* **Kattowitz, 25. Februar.** Für Bismarckspenden wird allenthalben fleißig gesammelt und mancher Orten auf eine Weise, die nicht mehr ganz schön ist. So wurde in der Bismarckshütte, wie die „Oberchl. Volkszt.“ aus Kattowitz meldet, den Beamten bei der letzten Gehaltsvertheilung ange-deutet, wie hoch sie wohl ihre Spende bemessen könnten. Sehr eifrig macht der Klingelbeutel in den ober-schlesischen Damenzirkeln die Runde. Auch die Studenten planen eine großartige Geburtstagsgabe, die dem Erzkanzler am 1. April überreicht werden soll. Jedem Musesohne wird ein Beitrag von 3 Mark zur akademischen Pflicht gemacht.

\* **Groß-Wartenberg, 24. Februar.** Der strengen Kälte der letzten Tage ist ein Menschenleben in hiesiger Gegend zum Opfer gefallen. Der Tagelöhner Waiusel aus Colonie Biatzig wurde erfroren aufgefunden.

**Vermishtes.**

**Großmutter als Sängerin.** Aus Petersburg schreibt ein Correspondent: Hier ist eine Rhapsodin aufgetaucht, welche mit Recht das Interesse der gebildeten Gesellschaft auf sich lenkt: es ist dieselbe 70 Jahre alte Bäuerin, Frina Andrejewna Fedosjowa, aus dem Gouvernement Monez, die weder Lesen noch Schreiben kann dafür aber an 19,000 Lieder und Volkslagen aus dem Gedächtniß recitirt. Nach ihren Erzählungen haben die Herren Barrow und Winogradow bereits ganze Hände voll Volkslagen und Heidenlieder niedergeschrieben. Am Sonntag gab das alte Mütterchen vor einem ungeheuren Publikum eine Probe ihrer Kunst; eine hinaufgelaufene Figur, das Gesicht voll tiefer Runzeln, humpelt sie mühselig auf die Estrade, sobald sie sich aber niedergelassen hat, die Hände im Schooß zusammengefaltet und zu sprechen beginnt, scheint sie sich um Jahrzehnte zu verjüngen, die Augen blitzen, die Stimme tönt voll und deutlich; theils recitirt sie ihre Lieder, theils trägt sie dieselben in monotonem Gesange vor; die Sprache ist bilderreich und voll hoher Poesie. Das Publikum bald begriff, eine erstklassige Erzählerin alter Mären vor sich zu haben, applaudirte stürmisch. Das Auftreten der Frina Andrejewna macht es uns auch noch heute begreiflich, wie die Sänge von den Nibelungen und der Gudrun fortleben konnten und wie die Natur dafür Sorge trägt, daß das, was der Dichter im Volksgeiste schafft, in der einen oder anderen Weise auch erhalten wird.

**Neueste Nachrichten.**

— **Berlin, 25. Februar.** Heute fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt. Wie bestimmt verlautet, hat Herr von Köller eine Neuaufgabe der lex Heinze, die vor zwei Jahren bekanntlich zurückgezogen wurde, wieder eingebracht. Dem nach eigenem Geständniß nie verlegenen Minister des Innern scheinen die Fesseln, die die Umsturzvorlage Literatur und Kunst zu bringen droht, noch nicht sicher genug zu sein.

— Der Reichstagsabgeordnete für Dresden-Land, Gutsbesitzer und Branntweinbrenner Fährnichsen (Antisemit) hat sein Mandat niedergelegt. Der Grund ist in Zerwürfnissen zu suchen, die zwischen Fährnichsen und dem Vorsitzenden des antisemitischen Wahlcomitees, Brodmann, entstanden sind. Die Niederlegung kam der antisemitischen Fraction im Reichstage ganz unerwartet. Der Sitz geht ihr sicher verloren. Fährnichsen siegte nur mit einer Majorität von 94 Stimmen über unseren Candidaten. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß nun bald der 47. Socialdemokrat in den Reichstag einzieht.

— Die Tabaksteuer-Commission hat sich constituirt und besteht zunächst aus 15 Gegnern und 13 Freunden der Vorlage. Die Gegner sind: v. Arnswaldt, Gadenbofel (Hannoveraner), Hamann, Fritzen-Rees, Müller-Fulda, Wattenbusch, de Witt (Centrum), Lore (Antisemit), Freiherr v. Hammerstein (conservativ), Frese (Freil. Pgg.).

**Dr. Schneider und Richter (Freis. Vp.), Höfster, Meister, Kollendubbr (Soc.), Hoffmann (Nationaliberaler).** Die Freunde sind: **Dr. Schäbler, Meindl, Donipfarrer zu Eichstätt (Centr.), Dr. Schulz-Eupitz, Haake (freic.), Graf Douglas, Graf v. Sulzstein, v. d. Groben-Arenstein, v. Massow (conf.), Dr. Knapikowski, v. Wolslegler-Schönfeld (Pol.), v. Demniggen, Clemm-Ludwigshausen, Paasche (natl).** Nach dem Zufall der Reihenfolge der achtundzwanziger Commissionen hatten die für die Commission vereinigten freisinnigen Gruppen diesmal nur auf 3 statt sonst auf 4 Plätze Anspruch, während die Polen diesmal auf 2 statt sonst nur auf einen Platz Anspruch hatten. Andersfalls würde sich die Mehrheit 16 gegen 12 gestellt haben. Zum Vorsitzenden der Commission wurde Abg. Fritzen-Stees gewählt, zu dessen Stellvertreter Graf Holstein (conf.) Es wurde vereinbart, mit den Beratungen erst zu beginnen, nachdem durch die Verhandlungen der Budget-Commission die Finanzlage in der Hauptsache klar gestellt worden ist. Demnächst dürfte die erste Commissionssitzung nach dem 10. März stattfinden.

— Gegen die Tabaksteuervorlage sind von der Socialdemokratie auf den nächsten Donnerstag acht öffentliche Volksversammlungen in Berlin zusammengelassen.

— Sämmtliche Gewerkschaften lassen am 18. März nur einen Kiesenfranz für die Märzgefallenen niederlegen. Die Sammlungen werden trotzdem fortgesetzt, der Ueberschuss wird zur Bekämpfung der Umsturzvorlage verwendet.

— Die Spandauer Militär-Werkstätten kündigten allen Arbeitern Entlassung an, die noch ein Nebengeschäft betreiben.

— Zu dem durch die „Volkszeitung“ veröffentlichten Erlass des Kriegsministeriums zur Bekämpfung der Socialdemokratie constatirt die „Post“, daß der Erlass, der während der Verhandlungen als geheimes Actenstück behandelt worden sein mag, am Tage seiner Veröffentlichung gedruckt in hundert Exemplaren an die einzelnen Intendanturen vertheilt worden ist.

— Der Entwurf über den unlauteren Wettbewerb wird nach Abgabe der einlaufenden Gutachten einer Revision unterzogen werden; jedoch hält nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Regierung an der Absicht fest, den Entwurf noch in der laufenden Session dem Bundesrath und dem Reichstage zugehen zu lassen.

— Zum Antrag Rimeien schreibt die „Nordd. Allg. Zeitung“: Der Antrag zur Umsturzvorlage tritt aus dem Rahmen des Zweckes des eingebrachten Gesetzentwurfes vollständig heraus und würde, wenn angenommen, dessen Charakter von Grund aus ändern. Aus Grund dieser Erwägungen glaubt das Blatt nicht, daß der Antrag eine Mehrheit im Reichstage auf sich vereinen wird, resp. daß er selbst diese unmahrscheinliche Eventualität vorausgesetzt, die Zustimmung der verändernden Regierungen finden würde.

— Nach den Darlegungen der „Post“ hat die Centrumsfraction nun beschlossen, dem Gesetzentwurf über die Finanzreform zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß der föderative Charakter des Reiches gewahrt bleibt und daß die Grandenvereinigung Clause nicht berührt wird.

— **Stuttgar.** 25. Februar. Der frühere demokratische Reichstags-Abgeordnete Freiherr von Münch, der zur Ueberwachung seines Gesundheitszustandes in die Fremde abzureisen gezwungen worden war, ist aus demselben entlassen worden, nachdem sich sein Gesundheitszustand als gesund und normal erwiesen hat.

— **Brüssel.** 25. Febr. Der gestern abgehaltene Congreß der Delegirten aller Arbeitervereine des Landes beschloß, den allgemeinen Streik anzuordnen, wenn die Regierung auf ihrem Antrag bezüglich der Communalwahlen bestehen sollte, der das allgemeine Stimmrecht schmälert.

Der Congreß erörterte auch die Congofrage. Einige Delegirte wollten auch gegen die Annexion durch einen allgemeinen Streik demonstrieren. Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt und die Frage bis zu der am Oftertage stattfindenden Versammlung vertagt.

— **London.** 25. Februar. Nach Meldungen aus Shanghai vom heutigen Tage berichtet der dort von Chefsoo eingetroffene englische Abiso „Macrit“: Die Japaner zerstören alle Landbesitzungen vor Wei-Hai-Wei. Die Häfen der Insel Sinkungtao sind unbeschädigt.

— **New-York.** 25. Februar. Eine Depesche des „World“ meldet aus Honolulu: Die Königin Liliuokalani ist zu fünfjährigem Gefängnis und 500 Dollars Geldstrafe verurtheilt worden. — Die Königin hat sich bekanntlich sehr strafbarer „Umsturzbestrebungen“ schuldig gemacht.

— **Kairo.** 25. Februar. Der Rhetor hat der englischen Verwaltung nunmehr vollständig nachgegeben. Cromer erhielt ein Telegramm von ihm, worin er aufs neue versichert, daß in der Zusammensetzung des Ministeriums keine Veränderung stattfinden werde.

— **Yokohama.** 25. Februar. Das „Bureau Reuter“ meldet: Die Chinesen griffen in einer Stärke von 17,000 Mann und 20 Kanonen kürzlich Haiicheng an. Die japanischen Batterien brachten indessen die feindlichen Kanonen zum Schweigen worauf sich die Chinesen zurückzogen.

— **Calcutta.** 25. Februar. Ein in Bombay eingetroffenes Boot berichtet über die Einnahme von Maskat durch aufständische Beduinen. Der Sultan ist aus seinem Palaste geflohen, behauptete jedoch 2 Forts und eroberte einen Theil der Stadt zurück. Der Aufstand ist in Folge der Unbeliebtheit des Sultans ausgebrochen.

**Standesamtliche Nachrichten.**

Sonntag 25. Januar.

**Heiraths-Ankündigungen.** I. Arbeiter August Gier, ev., Breitenstr. 36/37, und Ida Markert, ev., ebenda. — II. Maurea August Friedrich, kath., Zimmerstr. 9, und Anna Ernst, ev., Neue Schloßstr. 14. — Schuhmachermeister Wilhelm Riehe, ev., Nachodstr. 9, und Bertha Müller, kath., Sedanstr. 29. — Maurer Alois Zeit, kath., Gabisstr. 92, und Anna Gregor, kath., Carlslag 2. — Schmiedemeister August Kolbe, kath., Freiburg, i. S., und Hedwig Klein, kath., Föhrenstr. 25. — Handelsmann Johann Zayner, ev., Bräuerstraße 20, und verm. Bertha Freizer, geb. Kleiner, ev., Garbenstr. 5. — Tischler Wilhelm Walter, ev., Friedrichstr. 60, und Martha Dietz, ev., Bräuerstr. 20. — III. Tischler Julius Wendt, altkath., Mathiasstr. 241, und Maria Rajdwin, kath., ebenda. — Handelsmann Paul Engemann, ev., Brigittenhof 19, und Elise Klamm, kath., Weritstraße 25b. — Schuhmacher Hermann Wager, ev., Mathiasstr. 11, und Anna Großer, kath., Föhrenstr. — Tischler Carl Jorssel, ev., Werderstraße 53, und Luise Wunder, ev., Mathiasstr. 50e. — Schlossermeister Hermann Schüge, ev., Niedergasse 22, und Auguste Buhl, ev., Bodanauerstr. 3.

**Chel-Schlegungen.** I. Arbeiter Hermann Schubert, ev., mit Marianna Sanger, kath., hier. — Metzger-Meister August Bernicke, kath., mit Anna Dietz, kath., hier. — Schiffsbesitzer Gustav Keger, ev., mit Anna Krause, ev., hier. — Conditor Carl Dietrich, kath., mit Martha Berner, ev., hier. — II. Schneidermeister Johann Urbanek, ev., mit Hedwig Dietrich, kath., hier. — Portier August Scholz, kath., Leuben, mit Anna Perlinger, kath., hier. — Kaufmann Alfred Pen, ev., Jodren a. S., mit Ida Vogt, ev., hier. — Feinungs-Überbaumer, Rechnungsrath Carl Wälchle, ev., Sackburg, mit verm. Maria Wälchle, geb. Smade, ev., hier. — III. Arbeiter Wera Weis, kath., mit

Maria Lahmer, kath., hier. — Bahnarbeiter Julius Warte, ev., mit Emma Gänther, ev., hier. — Arbeiter Ernst Voße, ev., mit Marie Magowsky, ev., hier.

**Geburten.** I. Brauer Reinhold Fleischer, kath., S. — Tischlermeister Wilhelm Ludwig, kath., S. — Friseur Julius Barleben, ev., T. — Schneidermeister Emil Froberg, ev., T. — Wagenfabrikant Wilhelm Schlott, ev., T. — Kaufmann und Fabrikbesitzer Heinrich Tisch, ev., S. — Kaufmann Georg Busch, ev., T. — Schuhmacher Michael Smolski, kath., T. — Arbeiter August Tischeloch, kath., T. — Arbeiter Paul Schmidt, ev., S. — Gerber Witel Adam, ev., S. — Müller Wilhelm Winter, ev., T. — II. Buchhändler Carl Schröder, ev., T. — Vorkosthändler Paul Gottwald, kath., S. — Eisenbahnarbeiter Carl Dörner, ev., T. — Schuhmacher Johannes Podelina, kath., T. — Wagenschreiber Alfred Maczewsky, ev., S. — Schlosser Johann Sklarzik, kath., S. — Ober-Arztarzt Ludwig Benz, kath., T. — Kaufmann Paul Gollmits, ev., T. — Schaffner der elektrischen Straßenbahn Josef Szegodroff, kath., T. — Schuhmacher Johann Nieger, ev., S. — Maschinenmeister Otto Kondziela, ev., S. — Fabrikbesitzer August Dauber, kath., S. — Schuhmacher Wilhelm Fischer, ev., T. — Schmied Ferdinand Fabian, ev., S. — Geizer Wilhelm Land, ev., T. — Maler Carl Demmer, ev., T. — Schuhmacher Adalbert Miciedi, kath., S. — Schuhmacher Carl Hoffmann, kath., T. — Maschinist Carl Kurjawa, ev., S. — Kellner Carl Juppe, ev., T. — Kutscher Friedrich Weiß, ev., T. — Anstreicher Max Radwiz, ev., T. — III. Kutscher Johann Marcinek, kath., S. — Restaurateur Josef Teuber, kath., T. — Zimmermann Carl Schmäler, ev., S. — Haushälter Rudolf Walter, ev., T. — Schuhmacher Gustav Stolke, ev., T. — Tischler Paul Kollmann, kath., T. — Zeug-Premier-Lieutenant Adolf Beier, ev., S. — Kutscher August Maruschke, ev., T. — Kunst- und Handelskärner Eduard Breiter, ev., S. — Arbeiter August Beck, kath., T. — Tischler Friedrich Jakob, ev., T. — Arbeiter Heinrich Gintel, ev., T. — Schlosser Robert Pöhl, altkath., T. — Arbeiter Franz Aloise, kath., S. — Rangirmeister Reinhold Gieseler, ev., S. — Maler Otto Leutchner, ev., S. — Hilfsweichensteller Gustav Weber, ev., T. — Post-Assistent Franz Dreischer, ev., T. — Schuhmacher Paul Wittomski, ev., S. — Schuhmacher Friedrich Kutsch, ev., T. — Arbeiter Paul Launhardt, ev., T. — Arbeiter Adolf Fröhlich, ev., S. — Klempner Robert Rübke, ev., S. — Maschinenbauer Georg Kawa, ev., T. — Lehrer Maximilian Pöto, kath., T.

**Todesfälle.** I. Adolf, S. des Bürtensabrikanten Baruch Blatt, 6 T. — Martha, T. des Arbeiters Ernst Restrippe, 6 M. — Gevel, S. des Gerbers Hirschel Hirschel aus Praßkau, 7 M. — Stelmachermeister Carl Prans, 36 J. — Schuhmacherwitwe Theresia Ullmer, geb. Paul, 76 J. — Georg S. des Wurfmaschinenmeisters Heinrich Schlums, 8 M. — Ernst, S. des Schneidermeisters Carl Leichert, 11 M. — Schneidermeister Josef Czok, 44 J. — Klempner Albert David, 40 J. — Schuhmacher Carl Strota, 13 J.

**Breslau.** 25. Februar. (Breslauer Mehlmarkt.) Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg. incl. Sack 22,— bis 22,50 Mk. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg., incl. Sack 19,00—19,50 Mk. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg. im Käufers Säden a) inländisches Fabrikat 7,20—7,60 Mk., b) ausländisches Fabrikat (6,8) — 7,2) Mk. — Roggenmehl fein per Brutto 100 kg. incl. Sack 17,00—17,50. — Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säden: a) inländisches Fabrikat 7,40 — 7,80 Mk., b) ausländisches Fabrikat 7,00 — 7,40 Mk.

**Stadt-Theater.**  
Dienstag:  
Rignou.  
Mittwoch:  
„Das Nachtlager von Granada.“  
„Sajassi.“

**Lobe-Theater.**  
Dienstag:  
„Bernard's Ehecontract.“  
(Un fil à la patte.)  
Mittwoch:  
„Bernard's Ehecontract.“

**Victoria-Theater**  
(Gemeinschafts-Theater.)  
Täglich:  
Specialitäten - Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

**Musik-Instrumente.**  
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielhöfen zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten fertig.  
R. Cohn, Kupferstraße 17.

**50 Nähmaschinen.**  
Neueste, zuverlässige Fabrikate, sofort billig zu verkaufen bei  
**W. Buttermilch,**  
Rennmarkt 8, l. Etage. 3453  
Maschinen-Reparatur-Anstalt.  
Sehr Reichthum in Zahlung genommen, Abschreibung bewilligt.  
Die Pfaff'sche u. Singer'sche Nähmaschinen sind 3 Jahre lang recht Garantie.

**Gummi**  
Hr. Gummi-Artikel, 1, 2, 3 u. 4.  
**Max Sander,**  
Breslau, Reichstr. 58, 59, 61/6



**Damen-Schuhe.**  
fein und dauerhaft  
4,50 Mk.  
**Damen-Schuhe.**  
3 wechsell. mit Leder  
5,50 Mk.  
**Damen-Filzschuhe**  
zum Schützen und  
mit Gummi,  
Höhe 6,50 Mk.

**Damen-Schuhe,** elegant mit Fein,  
25/28  
mit Gummi-Filzsohle für Herren,  
Damen u. Kinder. Knapfflechte, Schür-  
und Schiffsleder, in Lutz, Holz und  
Seber für Kinder in jedem Alter, in  
großer Auswahl.  
Gummisohle für Herren 4,50 Mk.  
Gummisohle für Damen 2,50 Mk.  
Gummisohle für Kinder in jeder  
Größe 2,00 Mk.  
**Ludwig Herz,**  
Breslau, Blücherplatz 4,  
(neben der Reform-Epoche).

**Brauerei „zum Birnbaum“,**  
Breitenstraße 6/8, 3539  
**Weisser Bock.**  
In Flaschen à 1/2 l. 0,40 Mk., in Fässern 50 l. à 0,53 fr. 3 Mk. frei Haus.  
Gustav Sternagel-Haase.

**Für Vereine!**  
**Colillon-Orden.** Dargest. von 50 Pf. an,  
Dargest. von 30 Pf. an, Aufsteckrosen,  
Dargest. von 10 Pf. an. 3529  
**Einladungskarten** pro Hundert  
von 1 Mk. an,  
jede feinste Druckerei in eigener Druckerei schnell und billig.  
**Postappren-Fabrik.**  
**A. Wollmann, Breslau, Nicolaitstr. 16.**

Am 23. Febr., Abends 9 Uhr  
entschlief sanft nach schwerem  
Kampfe unser lieber, guter  
3565 **Richard**  
im zarten Alter von 7 Jahren.  
Um stille Theilnahme bittet  
Paul Musehall, nebst Frau.  
Trauerhaus: Löschstrasse 3.  
Beerd.: Mittwoch 1 Uhr, n. Oswitz.

Ich habe mein Bureau nach  
**Schweidnitzerstr. Nr. 31**  
Ecke Kleine Grotschengasse  
(Pfeifferhof)  
verlegt.  
Breslau, den 24. Februar 1895  
**Dr. Epstein**  
Rechtsanwalt.

**Möbel-Kaufhaus**  
**Carl Scholz,**  
befindet sich zur Radlergasse Nr. 15,  
Ecke Stadgasse 3530  
und empfiehlt sein reichhaltiges Lager von  
**Möbeln, Spiegeln und Polsterwaaren**  
zu den billigsten Preisen.

**Vereins-Kalender.**  
Breslau.  
Quartett-Verein der Töpfer  
„Humanität“. Jeden Mittwoch  
von 8—10 1/2 Uhr: Uebungs-  
stunde im Vereins-Local, Ludwig-  
straße 3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Localverband Breslauer  
Tapezierer-Gesellen. Jeden  
Mittwoch Vereins- u. Kassenabend im  
Edlitz's Brauerei, Neumarkt 8. —  
Aufnahme neuer Mitglieder. — Der  
Arbeitsnachweis jeden Abend von  
3—9 außer Sonn- und Feiertag.